

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Vork-
 Abonnement: 1,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntags-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 19. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Zur Mühlhauser Wahl.

Wir werden um Aufnahme der folgenden Erklärung ersucht:
 Nachdem der Abgeordnete Queb schon vorher wiederholt
 die Absicht kundgegeben hatte, sein Reichstags-Mandat niederzulegen,
 teilte unterm 16. September v. J. der Parteivorstand dem unter-
 zeichneten Landeskomitee mit, daß zwischen dem Vorstand und dem
 Abgeordneten Queb Verhandlungen in dieser Angelegenheit statt-
 gefunden hätten und Queb ein Agitationszuschuß von 150 Mark
 monatlich in Aussicht gestellt worden sei. Queb habe daraufhin den
 Wunsch geäußert, daß der verabredete Betrag auf 180 Mark
 pro Monat erhöht und ihm sofort ein Vorschuß von
 500 M. gegeben werde, der in monatlichen Raten von 50 M. von
 den 180 M. in Abzug gebracht werden solle.

Bei Beratung dieses Antrags, so teilte der Vorstand weiter mit,
 hätten die Controleure Einspruch erhoben gegen die Zahlung dieses
 Zuschusses. Um nun, ohne die Beteiligten gehört zu haben, eine
 abschließende Entscheidung nicht zu treffen, habe man sich dahin
 geeinigt, daß die Angelegenheit einer am 24. desselben Monats zu
 Mühlhausen stattfindenden Kreisconferenz unterbreitet werden solle,
 auf welcher der Landesvorstand sich vertreten lassen möge. Vorläufig
 wurden die 180 M. an Queb gezahlt.

Auf den 24. September war, als dieses Schreiben des Partei-
 vorstands eintraf, bereits eine Landesconferenz nach Straßburg
 einberufen, auf welcher Mühlhausen durch fünf Delegierte ver-
 treten war. Man kam überein, daß die Angelegenheit auf
 die ser Konferenz erledigt werden soll. Vom Parteivorstand nahmen
 daran Teil die Genossen Pfannsch und Brähne, letzterer als
 Controleur.

Bei Eintritt in die feinen Punkt betreffenden Verhandlungen,
 die mit der Ablehnung des fraglichen Agitations-Zuschusses endigten,
 bemerkte der Abg. Queb, er bitte, bei Sprechtung der Angelegenheit
 alle persönlichen Momente auszuschneiden. Namens
 des Landeskomitees erklärte darauf Genosse Böhle, daß für das
 Landeskomitee, das sich einstimmig gegen den fraglichen Agitations-
 Zuschuß erklärt habe, außer sachlichen auch persönliche
 Gründe bestimmend seien, daß er (Redner) aber nach dem Ersuchen
 Quebs, von dem persönlichen Momente abgesehen, auf die Ausführung
 dieser Gründe verzichte.

In einer am Abend stattgefundenen Radconferenz, an welcher
 außer den Vertretern des Parteivorstandes und dem Landeskomitee
 nur die Delegierten von Mühlhausen teilnahmen, wiederholte der
 Abg. Queb die Erklärung von seiner Wählerversammlung und bezeichnete
 es als selbstverständlich, daß er bereit sei, seinen Nachfolger
 in der Kandidatur, wer das auch immer sei, im Wahlkampf
 rednerisch zu unterstützen. Auf Vorschlag der Mühlhäuser Delegierten
 nahm man, vorbehaltlich der Zustimmung einer Mühlhäuser Wahl-
 kreisconferenz, für diese Kandidatur den Genossen Emmel in
 Aussicht. Die Mühlhäuser Delegierten waren einstimmig in der
 Annahme dieser Kandidatur, wie sie einstimmig waren in der Ab-
 lehnung des fraglichen Agitationszuschusses, nachdem der Abg. Queb
 erklärt hatte, es könne damit auch nur ein Provisorium geschaffen
 werden, er würde demnoächst spätestens im Frühjahr 1900 demissionieren.

Der weitere Verlauf der Angelegenheit ist in früherer Er-
 innerung. Als Termin für die von Queb angebotene und von der
 Partei acceptierte Mandatsniederlegung, deren öffentliche Motiv-
 ierung Queb überlassen blieb, war die Zeit unmittelbar nach den
 Gemeinderats-Ergebnissen, die Mitte Oktober stattfanden, vor-
 gesehen.

Als diese Wahlen erledigt waren, der Reichstag auch wieder
 zusammengetreten war und der Abg. Queb weder wie vereinbart
 sein Mandat niederlegte, noch sich zu den Verhandlungen in
 den Reichstag begeben hatte, trat am 20. Dezember v. J. in Mühl-
 hausen eine Wahlkreis-Conferenz zusammen, welche durch einstimmig
 gefasste Resolution das Mandat des Reichstags-Abgeordneten Queb
 noch einmal zur Annahme an den Abg. Queb ersuchte, die nötigen
 Formalitäten mit einer diesbezüglichen öffentlichen Erklärung sofort
 zu erfüllen.

Abg. Queb, der an der Conferenz nicht teilgenommen hatte,
 hat auf die ihm schriftlich zugestellte Resolution nichts. Durch
 Schreiben vom 25. Januar v. J. wandte sich das Landeskomitee an-
 fragend an ihn, den Wortlaut der vorerwähnten Resolution ihm
 nochmals zuzustellen. Abg. Queb antwortete durch Brief vom folgenden
 Tage: je eher er das Mandat loswerde, um so lieber sei es ihm, er
 möchte sich aber vorher noch beim Parteivorstand in Berlin vorstellen,
 „um seinen Entschluß zu erhalten“.

Das Landeskomitee ertheilte sich nach Empfang dieses Schreibens
 und nachdem es den Parteivorstand von der Sachlage unterrichtet
 hatte, jedes weiteren Schrittes, bis Anfang März durch eine in
 einem Straßburger Blatt veröffentlichte Mühlhäuser Korrespondenz
 die bürgerliche Presse sich der Gerüchte von der bevorstehenden
 Mandatsniederlegung bemächtigte und der Abg. Queb in dieser
 nicht in der Parteipresse — Zuschriften veröffentlichte („Mühlh.
 Tagbl.“ v. 13. März, „Epprech“ v. 16. März), in deren erster er
 äußerte, seit mehreren Tagen keine Zeitung außer dem „Mühlh.
 Tagbl.“ zu lesen und in deren zweiter er auf den diesbezüglichen
 Vorhalt des „Epprech“ erklärte, er lese kein Partei-Organ, die „freie
 Presse“ nicht über das ihm nicht, weil das „Mühlh. Tagbl.“ einen
 „ausführlicheren Volkscharakter“ habe, sondern auch und hauptsächlich
 deshalb, weil er die „freie Presse“ nicht mehr erhalte. Er habe
 angeordnet gehabt, daß das Blatt bei seinem Barbier abgegeben
 werde, seit einiger Zeit gehebe das aber nicht mehr. Und so weiter.
 In einer dritten Zuschrift („Epprech“ vom 19. März) verbreitete
 sich Abg. Queb über seine Nichtteilnahme an den Reichstags-
 sitzungen und hob die „untergeordnete Bedeutung“ der Verhandlungen
 im Dezember hervor, hinzusetzend, daß, wenn das Fehlen in diesen
 Sitzungen für seine Parteigenossen Grund zu einer Aufforderung zur
 Mandatsniederlegung bilden sollte, er sich wahrscheinlich in etwas
 zahlreicher Gesellschaft befände“.

Das war, wie gesagt, im März v. J., nachdem die Ziele des
 Reichstags fordern durch Anspannung aller Kräfte die Annahme der
 lex Heinze verhindert hatte. Das Landeskomitee der Partei hielt es
 hiernach nicht mehr der Würde und den Interessen der Partei ent-
 sprechend, diesem Gebahren des Abg. Queb unthätig zuzusehen. Es
 erließ die bekannte Erklärung vom 19. März, in welcher das Ver-
 hältnis des Abg. Queb zur Partei seit der Bekundung seiner
 Demissionsabsicht hergestellt und schließlich gesagt wurde: nachdem
 sowohl die organisierte Partei im Wahlkreis Mühlhausen wie die

organisierte Partei im Lande das Rücktrittsangebot des Abg. Queb
 angenommen habe, betrachte das Landeskomitee das Mandat des
 Reichstags-Abgeordneten Queb als erloschen.

Auf diese Erklärung antwortete der Abg. Queb durch zwei
 weitere Zuschriften an die bürgerliche Presse („Epprech“ vom
 21. März und „Mühlh. Tagbl.“ vom 23. März.) Die letzte dieser Zu-
 schriften, veröffentlicht in dem Blatt, das in dem Wahlkreis die stärkste
 Verbreitung hat, lautete:

„In Ihrer gestrigen Nummer veröffentlichten Sie kurz die
 von Straßburg aus der Wählerschaft des Kreises
 Mühlhausen gegenüber angeordnete Erlösung
 meines Reichstagsmandats. Ich habe nicht die Absicht,
 zur Zeit in eine Erörterung darüber einzutreten, ob und
 eventuell wie weit circa 14 000 Wähler des
 Kreises Mühlhausen einem halben Duzend
 Straßburger Herren untergeordnet sind. Ich
 thue das deshalb nicht, weil ich jedenfalls zur Ver-
 folgung der Geschäfte der politischen Gegner der Social-
 demokratie im gegenwärtigen Moment nicht beitragen will.
 Aus diesem Grund sehe ich daher davon ab, der von Ihnen
 im Schlußsatz Ihrer Notiz ausgesprochenen Erwartung, daß ich
 die fragliche Erklärung nicht ohne Antwort lassen werde, vor-
 läufig zu entsprechen. Dagegen bestätige ich Ihnen die Wichtig-
 keit Ihrer Notiz über den Zeitpunkt meiner Mandatsniederlegung
 und wiederhole dabei, daß ich dann den von mir zu thnenden
 Schritt in ausführlicher Weise öffentlich motivieren werde.“

Hochachtungsvoll
 F. Queb.

Mit dieser Schriftleistung gab der Abg. Queb den gegnerischen
 Parteien die Parole für den Wahlkampf. Seine gleichzeitige Ver-
 leumdung, er wolle jedenfalls die Geschäfte der politischen Gegner
 der Socialdemokratie im gegenwärtigen Moment nicht besorgen, ist
 ebenso zu bewerten, wie sein festerliches Versprechen auf der Conferenz
 in Straßburg, seinen Nachfolger in der Kandidatur, wer es auch sei,
 rednerisch in Versammlungen zu unterstützen. Was es mit dieser
 Unterstützung auf sich hatte, wissen die Genossen, die im Kampf
 gestanden haben.

Das Landeskomitee der socialdemokratischen Partei Elsaß-
 Lothringens war sich wohl bewußt, daß eine unter diesen Umständen
 erfolgende Nachwahl den Besitz des Mandats schwer gefährden
 würde; das Landeskomitee war so weit entfernt als möglich von
 jeder Ueberschätzung der eignen Kraft und Unterschätzung der Isolation
 und persönlichen Verhältnisse, deren ganz ungewöhnliche Zustimmung
 in Mühlhausen das zweifelhafte Verdienst des langjährigen Abgeord-
 neten von Mühlhausen ist, der sein Mandat von der Partei empfangen
 hatte. Aber das Landeskomitee war übereinstimmend der Ueber-
 zeugung, daß die weitere Fortdauer des bisherigen Zustands in Mühl-
 hausen der Partei unwürdig sei und deren gesunde
 Fortentwicklung unterbinde. Das Landeskomitee hat
 gehandelt, wie es unter den gegebenen Umständen die Pflicht ihm
 gebot.

Unverständlich und geeignet, eine falsche Auffassung zu erwecken,
 ist die von den Mühlhäuser Delegierten zur Landes- und zur Mühlhäuser
 Kreisconferenz unterm 1. Juli erlassene öffentliche Erklärung, wonach
 der Landesvorstand mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes sich
 gegen die Kandidatur Emmel ausgesprochen haben soll. Eine Ab-
 stimmung über die Kandidatur Emmel fand im Schöße des Landes-
 vorstands überhaupt nicht statt; Bedenken wurden nur ausgesprochen
 wegen des materiellen Fortkommens des Genossen Emmel in Mühl-
 hausen, dessen Wiederlassung in Mühlhausen von den Mühlhäuser
 Delegierten gewünscht worden war. Gegner der Kandidatur als
 solcher war im Landeskomitee kein Mitglied.

Die Aufgabe der Partei im Wahlkreis Mühlhausen muß es nun,
 nachdem reiner Tisch gemacht ist, sein, zu arbeiten.

Die 7-8000 Stimmen vom diesjährigen 5. Juli, wenn es sich
 um eine organisierte Partei handelt, bedeuten ungleich mehr
 als die 13-14 000 vom Jahre 1898, denen keine politische Sanktion
 und keine Disziplin, wie der Wahlausfall vom 5. Juli auch dem
 Wahlergebnisse gezeigt hat, Zusammenhalt verleiht. Wenn die
 Parteigenossen des Kreises Mühlhausen aus dem Wahlergebnis
 vom 5. Juli die richtige Lehre ziehen, so datiert von diesem
 Tage für die Parteibewegung im Kreise eine neue Ära
 der Arbeit und der ununterbrochenen Erfolge.

Das Landeskomitee
 der socialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens.
 B. Böhle, Vors. Ch. Schott, Schriftf.

China.

Während über die Zustände in Peking keinerlei zuverlässige
 Nachrichten vorliegen, bestätigt sich die vollständige Einnahme
 Peking durch die Mächte.

Die chinesische Diplomatie bemüht sich, allerlei vertückende Nach-
 richten zu verbreiten: so dementiert sie beispielsweise die Ermordung
 der Fremden. Li-Hung-Tschang selbst soll sich nunmehr wirklich
 nach Peking begeben, und hat vorher eine Art Friedensvertrag zur
 Kenntnis gebracht. Hebriggens hat die deutsche Regierung, um das
 chinesische Diplomatenspiel zu erschweren, den Depeschverkehr der
 chinesischen Gesandtschaft in Berlin unter Kontrolle gestellt.

Auch heute laufen ungünstige Berichte über die Ausbreitung des
 Aufstands ein, ohne daß andererseits Bestimmtes über ein einheitliches
 Vorgehen der Mächte verlautete.

Die Einnahme Pekingens.

Der Chef des deutschen Kreuzergeschwaders meldet telegraphisch
 den 15. d. Mts. ab Peking:

1. Am 13. morgens haben 12 russische, 2 deutsche Compagnien,
 2 russische Feldbatterien, 1 französische Gebirgsbatterie, die chinesische
 Nordost-Stellung nördlich vom Lutai-Kanal vom Osten flankiert und
 angegriffen, 12 Geschütze genommen und zwei Magazine in die Luft
 gesprengt. Nach Mitteilung des russischen Generals haben die
 Deutschen Geschütze genommen und zwei Magazine in die Luft ge-
 sprengt. Nach Mitteilung des russischen Generals haben die
 Deutschen als Avantgarde unter Führung von Kapitänleutnant
 Weniger hervorragend gekämpft. Verlust: 6 Verwundete, darunter
 Matrose Humm von S. M. S. „Gefion“ schwer; Schuß durch

beide Oberschenkel. Lieutenant v. Wolf leicht; Schuß durch Unter-
 schenkel. Die Uebrigen leicht.

2. Zur selben Zeit griffen 3 amerikanische Bataillone, 700 Eng-
 länder, 2000 Japaner, 200 Franzosen und 50 Oesterreicher von
 Westen Arsenal und Chinesenstadt an. Der Kampf dauerte bis
 abends unter schweren Verlusten und ohne bleibenden Erfolg.
 Die Chinesen widerstanden hartnäckig. Um 8 Uhr abends
 traten die verbündeten Kolonnen im Westen stark erschöpft den
 Rückzug an, nachts durch zwei deutsche Compagnien als Reserve
 verstärkt.

3. Der Gesamtverlust der Verbündeten beträgt 775 Mann.

4. Nach telegraphischer Mitteilung ist darauf am 14. die
 Chinesenstellung einschließlich unwallter Stadt und Citadelle
 vollständig genommen und 62 Geschütze erobert. Einzelheiten
 fehlen.

5. Japanischer Admiral teilt mit, daß nach Mitteilung von dem
 japanischen Gesandten aus Peking vom 29. die Fremden von
 allen Seiten beschossen wurden, schwer bedroht waren und nur
 noch Lebensmittel für zwei Tage hatten.

6. Die Eisenbahn Taku-Tientsin ist wiederhergestellt bis auf
 eine Brücke, wo Umladung nötig ist.

Ueber Kämpfe vom 11. Juli wird aus russischer Quelle be-
 richtet:

Am 11. d. M. teilten Patrouillen mit, daß sich die Chinesen im
 Nordosten konzentrieren. Daraus eröffnete um 10 Uhr früh
 russische und japanische Artillerie Feuer auf die Chinesen; diese ver-
 suchten vergeblich die Geschütze zu stören. Als General Söhgel
 ein Zeichen des rechten Flügels bemerkte, verstärkte er ihn
 durch zwei Schützenbataillone. Zum erstenmal beteiligte sich auch
 japanische Kavallerie am Kampfe. Nach hartem dreistündigen
 Kampfe gelang es den Schützen und der japanischen Infanterie,
 verstärkt durch Kosakenartillerie, die Chinesen zurückzutreiben. Viele
 Chinesen fielen, die Japaner verloren 67 Mann. Drei Geschütze und
 300 Gewehre wurden erbeutet. Am gleichen Tage brach eine Feuer-
 draht in Tientsin aus, die bald gelöscht wurde.

Peking.

Die chinesische Diplomatie versucht jetzt die Nachricht, von der
 Niederlegung der Fremden zu widerrufen, und zwar geht der
 Widerruf von derselben Seite aus, wie die frühere Meldung über
 das Wassereisen, nämlich vom chinesischen Eisenbahndirektor Scheng.
 Diese Ablegungen haben indessen keine Glaubwürdigkeit.

Das Datum der dem chinesischen Gesandten Lu-Hing-fang in
 Washington von dem chinesischen Gesandten in London zugegangenen
 Meldung, daß die Gesandten noch am Leben seien,
 ist der 18. Juli nach chinesischer Zeitrechnung, welcher dem
 9. Juli in der europäischen Berechnung entspricht. In dieser Bot-
 schaft wird ferner an die Mächte das Ersuchen gerichtet, die Stadt
 Tientsin nicht zu zerstören, da die Zerstörung der Stadt für den
 europäisch-chinesischen Handel von den schwersten Folgen begleitet
 sein würde. Die Depesche ist vom 16. Juli datiert und von den
 Persönlichkeiten von Kanton und Wusungang und von dem Eisenbahn-
 direktor Scheng unterzeichnet.

Dagegen meldet das „Neuerliche Bureau“ aus Shanghai vom
 16. d. M.: Es ist kaum noch ein Zweifel, daß der Telegraphen-
 direktor Scheng seine Meldung aufrecht erhält, und daß die Nach-
 richten bezüglich des Pekingers Blutbades als zutreffend an-
 gesehen werden können.

Eine ältere Kundgebung aus dem Lager der Eingeschlossenen er-
 halten wir jetzt über Tientsin:

Der japanische Gesandte in Peking schrieb am 20. Juni,
 daß chinesische Soldaten die Gesandtschaften Tag und Nacht
 bombardierten, daß bei den Belagerten Mangel an Munition ein-
 trete und daß der Untergang bevorstehe, wenn die unglücklich
 erwartete Entsatzarmee ausbleibe. Die der Note
 erzählte, waren zu dieser Zeit in der englischen Gesandts-
 schaft vier Tote und dreizehn Verwundete, die Schütz-
 wachen hatten sechzehn Tote und sechzehn Verwundete.

Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Shanghai will — von wem
 und vorher? — erfahren haben, daß Prinz Tsching und andre
 fremdenfeindliche hohe Beamte Sir Robert Hart den Vor-
 schlag machten, verkleidet zu flüchten, was ihm dadurch, daß er
 fliehend chinesisch spricht, leicht geworden wäre. Hart habe sich aber
 geweigert, allein zu flüchten und die andren Ausländer zu verlassen.
 Zweimal und zwar das letzte Mal am 5. Juli habe Hart dem Prinzen
 Tuan geschrieben und ihn ermahnt, das Leben der Fremden zu schonen,
 doch keine Antwort erhalten. Am 6. Juli soll Hart getötet
 worden sein.

Li-Hung-Tschang diktiert den Frieden!

Li-Hung-Tschang, der zweideutigste aller Diplomaten, will nun
 mehr nach Peking reiten. Aus Kanton wird gemeldet:

Li-Hung-Tschang sicherte in der Abschiedsaudienz des Konsular-
 corps Kude im Süden Chinas zu und erklärte, er habe nach Peking
 mitgeteilt, daß England und Frankreich die Häupter der chinesischen
 Regierung für das Leben ihrer Gesandten und Staatsangehörigen
 in Peking persönlich haftbar machen. Er habe dabei als
 einziger, der dies wagen konnte, der Regierung zu Peking
 offen seine Mißbilligung ihres Verhaltens ausgesprochen.
 Falls die Gesandtschaften gerettet würden, sei ihm von
 England, Frankreich und den Vereinigten Staaten bereits Entgegen-
 kommen versprochen worden, und er rechne hierauf bei dem guten
 Willen, den er zeige, auch für seine Verhandlungen mit den übrigen
 Mächten. Die Gouverneure von 11 Provinzen hätten dem Thron
 eine gemeinsame Denkschrift überreicht, worin die Verächtlichung
 folgender fünf Punkte empfohlen wurde:

1. Schau der fremden Kaufleute und Missionare
 im ganzen Reich, gleichviel ob Krieg oder nicht, um das Aufsehen
 Chinas als Kulturstaat zu wahren;

2. Rettung der noch überlebenden Gesandten,
 da dann noch Verhandlungen möglich seien, wobei sich die Regierungen
 der Vereinigten für China verwenden könnten;

3. ein Entschuldigungsschreiben der Regierung
 an den deutschen Kaiser wegen der Ermordung des Ge-
 sandten v. Ketteler, sowie Vorschlag der Vermittelung anderer Mächte
 und schriftliche Zusicherung der guten Absichten Chinas an Frankreich
 und die Vereinigten Staaten von Amerika;

4. voller Schadloshaltung für alle Verluste an fremdem
 Leben und Eigentum;

5. Anweisung an die Militärbehörden und Civilbeamten in der Provinz Tschifu, die Räuber und marodierenden Truppen zu bestrafen.

Im Laufe seiner Unterredung mit den Konsuln gab Li-Hung-Tschang seiner großen Besorgnis bezüglich der fremden Gesandten in Peking Ausdruck. Er erklärte den Konsuln, daß er vom englischen Premierminister Lord Salisbury und dem französischen Minister des Auswärtigen Delcassé gleichlautende Mitteilungen erhalten habe, worin sie für ihre Gesandten Schutz verlangte und falls dieselben getötet würden, die verantwortlichen hohen chinesischen Beamten mit Todesstrafe bedrohten. Li-Hung-Tschang übermittelte diese Mitteilungen der Kaiserin-Witwe und hatte, wie er sagte, keinen Zweifel, daß dieselben viel zur Rettung der Gesandten beitragen würden.

Li-Hung-Tschang versteht, wie man sieht, das Diplomatenhandwerk. In ähnlicher Weise erklärte der chinesische Gesandte in Petersburg der russischen Regierung, daß die Ereignisse in der Mandchurie nicht im Einverständnis mit der Regierung in Peking stattfänden. Gleichzeitig versprach der Gesandte, seiner Regierung auf dem Wege über Hongkong in Peking erste Vorstellungen zu machen und auf die ersten Folgen hinzuweisen, die entstehen könnten, falls die Feindseligkeiten in der Mandchurie nicht aufhören sollten.

Die Berliner chinesische Gesandtschaft

ist unter Depeschencensur gestellt worden. Darüber meldet die „Nordd. Allg. Ztg.“ an der Spitze des Blattes:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf v. Bälou, hat sich veranlaßt gesehen, der hiesigen chinesischen Gesandtschaft bekannt zu geben, daß es ihr bis auf weiteres nicht mehr gestattet werden könne, Officierte oder in verabredeter Sprache abgefaßte Telegramme abzuschicken, und daß offene Telegramme vor der Absendung dem Staatssekretär zur Genehmigung der Beförderung vorzulegen seien.

Diese Maßregel soll verhindern, daß die chinesischen Gesandtschaften unter einander und mit China sich verständigen und so ihre Künste spinnen. Sie ist aber auch offenbar eine Maßregel des Kriegszustands, der doch immer noch nicht bestehen soll.

Die Ausbreitung des Aufstands.

Aus Tschifu wird gemeldet: Prinz Tuan mobilisierte bis zu 950 000 (?) Mann, die in mehrere Corps geteilt sind. Das nördliche Corps hat Befehl, die Fremden am Amur zu vertreiben. Seine Peking-Armee ist in 4 Corps geteilt; das erste hat gegen Mukden zu marschieren und ein Teil desselben die Straßen zwischen Peking und Schanghai zu besetzen; das zweite Corps wird bei Tientsin, das dritte bei Peking, das vierte bei Kankung konzentriert; ein Teil des dritten Corps wird in der Stärke von 40 000 Mann gegen Weihaiwei und Tsingtau dirigiert. Gegenwärtig stehen in China 23 000 Japaner; die Zahl der Schützen in Tschifu ist 3000.

Eine Meldung aus Shanghai lautet: Die chinesische Flotte ist im chinesischen Meer konzentriert, wo Feindseligkeiten erwartet werden.

Zur Lage in Shanghai

wird noch berichtet, daß die Woosung-Forts verstärkt worden. In den letzten Tagen bemerkte man, wie ein kleiner chinesischer Dampfer öfters die Forts mit einem Frachtboote im Schleppe mit Truppen für das Arsenal in Shanghai verließ und von dort wahrscheinlich mit Munition für dieselben zurückkehrte. Die fremden Konsuln wünschten, daß die chinesischen Behörden die Fahrten des Dampfers untersagten, das Schiff ist jedoch wieder schwer beladen hier vorübergefahren. Die Konsuln traten zu einer Beratung zusammen und beschloßen, den Verkauf von Waffen in der Fremdenüberlassung an die Chinesen zu verhindern. Infolge verschiedener hier umlaufender Gerüchte herrschte Aufregung.

Der „Daily Mail“ wird aus Shanghai vom 17. Juli gemeldet: Es gelangen Nachrichten hierher, daß am 9. Juli in Tagen, der Hauptstadt von Schansi, vierzig Ausländer und hundert chinesische Christen niedergemetzelt worden sind. — Tausende gut bewaffneter Chinesen befinden sich in der Umgegend von Shanghai. Die fremdenfeindliche Bewegung verbreitet sich schnell in Mittel- und Süd-China.

Eine Nachricht aus Nankung besagt, infolge der Befehle des Prinzen Tuan herrsche eine große militärische Bewegung wegen des Erscheinens der Japaner auf chinesischem Boden. Der Vicelkönig von Kankung habe den fremden Konsuln angezeigt, daß er für die Ereignisse in Schao-sin, Ningpo und Tschutschau die Verantwortung nicht übernehmen könne. Die Ausländer eilten nach Shanghai, wo wenig Truppen seien. Die Lage sei benutzbar. Aus Ningpo, wo die Häuser in Brand gesteckt und die Missionare mißhandelt wurden, seien 16 Ausländer angetommen. Die aufständische Bewegung habe sich Südchinas bemächtigt, die Fremden in Tschuanhschau und Tschu wurden angegriffen und es herrsche allgemeine Panik.

Ein Telegramm des französischen Konsuls in Shanghai vom 13. d. M. besagt, daß Missionare in der Provinz Tscheliang und in der Mandchurie angegriffen wurden.

Ein Telegramm des französischen Konsuls aus Hankau vom 11. d. M. besagt, daß an genannter Lage alles an seinen Wohnsitz ruhig war. Der Vicelkönig ergriff Maßnahmen, um Unordnungen in seinem Gebiete vorzubeugen. Das europäische Bahnpersonal hält die Bahnlinie Hankau-Peking bis zum 215. Kilometer besetzt, die Frauen und Kinder derselben sind jedoch nach Hankau gebracht. Der apostolische Vikar in Honan telegraphiert, daß er in seinem Sitze Han-yang-fou angegriffen wurde, der apostolische Vikar im nördlichen Hupe berichtet, daß die Missionen in Ssang-hang zerstört worden seien und daß es den Anschein habe, als ob die Aufstandsbewegung sich von Peking aus nach dem Süden ausbreite. Der französische Konsul in Tsching-ling telegraphiert vom 11. Juli, daß in der Provinz Szechwan alles ruhig wäre und daß die Konsuln im Hinblick auf etwaige Aufrührungen einen Dampfer zurückgehalten hätten, welcher gegebenenfalls die Europäer fortbringen könnte.

Ueber die Lage in der Mandchurie liegen folgende Meldungen vor: Aus Chaborowki wird unter dem 14. d. M. gemeldet: Der Dampfer „Grosnik Alexei“ brachte aus Chardin 300 Frauen und Kinder von Bahndienstleistungen. 40 Werts von Chardin sammelt sich der chinesische Landsturm. Das Lager und die Zelte konnte man von dem Dampfer aus sehen. Die Holzdepots sind umverteilt, die Schiffahrtskanäle und das Fahrwasser frei.

General Gribski meldet aus Wladowjtschensk: Die Chinesen haben längs des Amur bei Kium und Wladowjtschensk in der Ausdehnung von 20 Werst Schanzen aufgeworfen und Batterien gebaut, die sie mit 40 Kanonen besetzen. Bei der Beschießung von Wladowjtschensk hatten die Chinesen 8 Geschütze und 2000 Mann.

Die deutsche Politik.

Auf die den Nachsehern gegenüber sehr zurückhaltende Auffassung der deutschen Regierung, wie sie ein offizielles Telegramm der „Köln. Ztg.“ zum Ausdruck brachte, haben wir bereits gestern hingewiesen.

Sehr maßvoll und mäßigern urteilt auch die „Kreuz-Ztg.“ die folgende Thesen aufstellend:

1. Der Zug gegen Peking ist nur bei gemeinsamer Aktion aller Mächte von Deutschland mitzumachen.
2. Der Schwerpunkt unserer Interessen darf nicht über das schon jetzt unter unserm Einfluß stehende Gebiet in Schantung ausgedehnt werden.
3. Erwerbung chinesischer Territorien ist nicht weiter zu wünschen.
4. Deutschland hat jede Regierung in China anzuerkennen, welche bereit und fähig ist, die geschehenen

Frevdel zu sühnen, und unsre Kriegskosten sowie die erlittenen Schädigungen zu ersetzen.

5. Am besten regeln wir unsre chinesischen Interessen im Einverständnis mit Rußland und Frankreich.

Jedenfalls ist es bemerkt das konsequente Blatt dazu, unerlässlich, über all diese Fragen in voller Klarheit gelangt zu sein, ehe die entscheidenden Schritte geschehen. Jetzt, da das Unheil in Peking leider bereits geschehen ist, liegt uns unsre Stellung in Schantung zunächst näher als Peking oder sonst ein andres Interesse in China. Die Zeit bis zur Ankunft unserer Truppen in China muß zur diplomatischen Verständigung und auch zur Verständigung über die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen anzuwenden. Das ganze chinesische Problem steht so voller Schwierigkeiten, daß jede Ueberstürzung verhängnisvoll werden kann. Wir tragen unserer Regierung das Vertrauen entgegen, daß sie uns davor bewahren wird.

Die Mächte.

Eine Anregung auf Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Erörterung des chinesischen Problems wird als grundlose Kombination bezeichnet.

Eine Nachrede hat der italienische Kriegsminister beim Abschied der Truppen gehalten: „Macht die Gesandtschaften! Die Eröberung aber, nach der gestrebt wird, ist die Eröberung eines Marktes und hierfür bedarf es vor allem der wirtschaftlichen Kraft des Landes, die durch eine große Expedition nur geschwächt werden könnte. Eure Aufgabe ist ernst; denn das Ansehen und die Ehre des italienischen Heeres sind schon in den ersten Kämpfen in euren Händen!“

„Das unfertige Europa.“

Es beginnt allmählich sich einiges Licht über die Dinge in China zu verbreiten. Zwei Dinge wissen wir heute: daß die Krise des chinesischen Kaiserreichs eine Revolution ist; und daß die europäischen Mächte von dieser Revolution völlig überrascht worden sind, obgleich sie bei einigem Scharfblick die Lage hätten erkennen müssen und rechtzeitig gewarnt waren. Die Verblendung der europäischen Staatsmänner ist geradezu unbegreiflich. Ein Volk von 4-500 Millionen kommt doch nicht in eine so gewaltige und leidenschaftliche Bewegung, ohne daß das sich vorher bemerkbar macht. Allein die europäischen Staatsmänner hatten sich in den Glauben versetzt, das chinesische Volk denke nicht, fähig nicht, sei eine tote Masse, und China „ein Kuchen“, den man nach Belieben „aufteilen“ könne. Für diesen verhängnisvollen Irrtum ist die Strafe erfolgt. Wenn aber die Staatsmänner Irrtümer begehen, dann haben die Völker zu büßen — wie etwas modifiziert der lateinische Vers besagt.

Das unfertige Europa (Europe the unready) — schreibt ein Londoner Blatt: die „Daily News“, spielt in diesem furchtbaren Drama eine gar jämmerliche Rolle. Keine Macht sah die Gefahr voraus. Alle Mächte thaten, was die Gefahr verstärkte, ja schafften mußte. Einige Mächte weigerten sich direkt, so thun, was die Gefahr hätte abwenden können. Die Rückkehr eines dämonischen Weibs an den Hof (der Kaiserin-Witwe) wurde mit dem Wort „Palastrevolution“ abgethan. Man schnitt lustig und sorglos in den Augen hinein und achtete nicht der Warnung Gordons (des späteren Helden von Chorum, der lange in China war), „daß ein stolzes Volk sich das nicht auf die Dauer gefallen lassen werde“. Als die Vorzeichen kamen, wurden sie von keiner Macht verstanden.

Und als die Katastrophe hereinbrach, da hätte das Leben aller Fremden in Peking noch gerettet werden können, wenn die elende Eiferucht der Mächte es nicht verhindert hätte, daß die einzige Macht, die, weil nahe dem Schauplay, helfen konnte, zum Handeln die Möglichkeit fand. Die Künste und Eiferfüchteleien der Mächte in China werden eines der schmerzhaftesten Kapitel der Geschichte fällen. Und um das Maß der Schande voll zu machen, erlauben die europäischen Mächte, daß den Chinesen aus Europa fortwährend Waffen zugeführt werden, um die Soldaten der europäischen Mächte totzuschießen.“ Die „Daily News“ kommt schließlich zu dem Urteil, daß ganz abgesehen von der Furchtbarkeit der Katastrophe, die zünftigen „Staatsmänner“ niemals so eklatant ihre Unfähigkeit bewiesen haben, und daß sie der Aufgabe, die sie zu lösen berufen sind, Kopf- und planlos gegenüber stehen — und uneinig.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Juli.

Der Segen verlornen Kolonien.

Die spanische Weltpolitik ist im Krieg mit Amerika zerschmettert worden. Spanien hat seine Kolonien, seine Flotte verloren und damit — nach der Vogt unsrer Welt- und Flottenkautler — den wirtschaftlichen Ruin erlitten. Wenn die Entwicklung von Handel und Industrie auf Kolonien und maritimer Seemacht beruht, so muß ja Spanien, nachdem es Kolonien und Seemacht eingebüßt, jetzt in der wirtschaftlichen Entwicklung schlimm zurückgehen.

Was zeigt sich nun aber in Wirklichkeit? Spanien blüht auf, nachdem es den weltpolitischen Schwandel hat aufgeben müssen — ohne Kolonien und Flotte — beginnt sich ein belebender Aufschwung zu zeigen.

Die „Rössische Zeitung“ stellt in ihrem Handelsbericht auf Grund zuverlässiger Berichte und nach der jüngsten Statistik für Spanien „eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs“ fest. „die in einem lange nicht gekannten Gedeihen ihren Ausdruck gefunden hat. Obwohl Spanien durch den Verlust von Stuba, Portorico und den Philippinen wertvolle Absatzmärkte einbüßt, zeigt Handel und Industrie eine lebhafte Aufwärtsbewegung.“

Im Jahre 1899 wurden 61 Gesellschaften mit einem Kapital von 128 Mill. Bes. gegründet; in 29 Fällen handelte es sich um Schiffahrtsgesellschaften, ferner waren darunter 7 Banken, 8 Zuckersfabriken, 6 Electricitätswerke, 7 Mineralgesellschaften und Metallfabriken. Große Aufmerksamkeit wurde auch dem Erziehungswesen geschenkt und u. a. eine Art technische Hochschule gegründet.

Einen Beweis für die Belebung des gewerblichen Verkehrs des Landes findet sich in der starken Zunahme der Einfuhr von Kohlen, vorzugsweise aus England. So stieg allein der Import von Kohlen und Coals in dem Hafen Barcelona von 379 425 To. in 1898 auf 526 876 To. in 1899. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres hat allerdings diese Einfuhr nicht ganz die vorjährige Höhe erreicht. Dieser Mangel dürfte aber darauf zurückzuführen sein, daß in Folge der teuren Frachten und Kohlenpreise der Abbau spanischer Kohle einen kräftigen Impuls erfahren hat.

Die Erzeugung des Bezirks Bilbao überschritt die von 1898 um 30 pct. Die stärkste Ausfuhr aus Bilbao ging mit 3 955 000 To. nach England, während nach Deutschland 44 000 To. und nach den Vereinigten Staaten 75 000 To. verschifft wurden. Im ganzen waren 220 Minen im District in Bearbeitung, darunter 204 Eisenerzgruben. 1899 wurden in ganz Spanien 9 344 320 Tonnen Eisenerze gewonnen gegen 7 167 045 Tonnen in 1898. Am 1. Januar 1899 betrug die Zahl der Minenbesitzer im District San Sebastian 497, dann 244 Eisenerzminen, 38 Blei-, 4 Kupfer-, 1 Zinn- und 36 Zinkminen. Während des Jahres wurden nur weniger als 112 neue Konzessionen bewilligt, davon 101 auf Eisenerzgruben. Von anderen Gewerben sind noch die Baumwoll- und die Leinenindustrie zu erwähnen, welche nach übereinstimmender Ansicht

der Beteiligten niemals ein so günstiges Jahr wie das letzte gefamnt haben.

Was die Handelsbewegung des laufenden Jahres betrifft, so ist in den fünf Monaten Januar bis Mai die Einfuhr von Rohstoffen von 170 673 166 Pesetas in 1899 auf 155 876 478 Pesetas zurückgegangen, die Einfuhr von Fabrikaten zeigt dagegen mit 134 521 054 Pesetas eine bedeutende Steigerung gegenüber dem Betrage von 118 074 711 Pesetas des Vorjahres. Die Einfuhr von Rohstoffen mittelst befristeter sich in 1899 auf 72 416 056 Pesetas und in 1900 auf 58 707 177 Pesetas. Die Ausfuhr von Rohstoffen mittelst befristeter sich in den ersten fünf Monaten auf 107 590 721 Pesetas gegen 97 593 688 Pesetas in 1899. Die Ausfuhr von Rohstoffen ist von 118 217 919 auf 114 135 768 Pesetas zurückgegangen, die Ausfuhr von Fabrikaten aber von 58 808 842 auf 64 181 497 Pesetas gestiegen.“

Da haben wir gleichsam einen experimentalen Beweis für die Nichtigkeit der socialistischen Ansicht, daß marinistische Weltmacht- und kolonisierende Raubpolitik Handel und Industrie nicht fördern, sondern zerstören. Monatelang haben all die weisen Flottenprofessoren, die Schweinbürger und Raumänner uns zu belehren versucht, wie unendlicher Segen aus Panzerschiffen und Kolonien ströme, daß Deutschland zu Grunde gehen würde, wenn wir nicht schleunigst Milliarden ins Wasser wüßen.

Und wie haben sich die Spekulationen dieser klugen Herren bewährt!

Deutschland verwickelt in blutige Abenteuer von unübersehbarer Gefahr, in schwerer wirtschaftlicher Krise, die Milliardenflotte und den Plag an der Somme wie Mühlsteine am Halse. Das ist das weltpolitische Deutschland.

Hingegen Spanien nach dem wohlthätigen Verlaß, ganz und gar nicht weltpolitisch, nicht lästern, der Welt den Frieden zu gebieten und an allen Punkten der Erde seine Arkt zu verhängen, fröhlich gedeiht — ob wohl, nein, weil es die Panzerschiffe und die Kolonien, diese jaugenden Parasiten, durch einen schweren operativen Eingriff losgeworden ist.

Hoffen wir, daß wir noch rechtzeitig die Bahn der weltpolitischen Abenteuer verlassen — ehe uns spanische Lehren fähbar beschieden werden! —

Handel und Weltpolitik.

Die Handelsinteressen sind bekanntlich zur Beschönigung der Veltübergreifung von Raubpolitik und des Baues der Milliardenflotte vorgeschoben worden. Wir protestierten sofort dagegen und wiesen an dem Beispiel Frankreichs nach, daß der Besitz einer großen Kriegsflotte dem Handel nicht förderlich ist. Thatsächlich hat der Handel Deutschlands, namentlich auch mit China, nicht auf die Flotte gewartet; er hat vor Aufschwüngen der Weltpolitik einen gewaltigen Aufschwung genommen, und ist durch diese Weltpolitik schwer geschädigt worden.

Daß die Weltpolitik uns den so viel versprechenden Handel mit Japan gänzlich verpfuscht hat, das haben wir in einem früheren Artikel ziffernmäßig dargelegt. Jetzt hat die Weltpolitik unsern Handel mit China, auf den mit Recht sehr große Hoffnungen gesetzt wurden und der auch, wenn die Regierung sich begnügt hätte, die Interessen des deutschen Handels friedlich zu wahren, einer ungeheuren Ausdehnung fähig war, kolossalen Schaden zugefügt. Daß die furchtbare Feuersbrunst, welche die Weltpolitik in Ostasien entzündet hat, allem Handel mit China ein Ziel setzt, und daß von Zahlungen für dahin gestieferte Waren nicht die Rede sein kann, das ist einfach selbstverständlich. Und günstigen Falls wird es jahrelang dauern, ehe der Feuersbrunst wieder ein Zustand der Ruhe folgt, der friedliche Handelsbeziehungen ermöglicht.

Der Schaden, den die Weltpolitik in China angerichtet hat, kann auf Hunderte von Millionen geschätzt werden. Ganz besonders hat Deutschland zu leiden, dessen Handel mit China jüngeren Datums ist, als der englische und Stöße nicht so gut anhalten kann. Von allen Seiten kommen Berichte, daß die deutsche Industrie durch die chinesische Krise, diese Frucht der Weltpolitik, schwer geschädigt ist. In Rheinland-Westfalen, in Schlesien, in Sachsen, überall dieselben Klagen, Stoden der Industrie, Entlassung von Arbeitern. Und aus dem Wahlkreis des alldeutschen Weltpolitikers Haffe, der dem deutschen Handel goldene Berge versprochen — aus Leipzig kommt heute die Hiobspost, daß infolge der chinesischen Krise die „Leipziger Wollkammerei“ 200 Arbeiter entlassen muß, und auch andre Fabriken, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, aus dem gleichen Grund viele ihrer Arbeiter entlassen.

Als Köder für die Krupp-Stummische Milliardenflotte diene, wie man sich erinnern wird, die Behauptung, fünfzig Tausend deutschen Arbeitern würde durch den Bau der Flotte lohnende Arbeit geschafft. Wirklichkeit ist, daß weit mehr deutschen Arbeitern durch die Weltpolitik ihre Arbeit schon genommen ist oder in Bälde genommen werden wird. Und die Krupp-Stummische Milliardenflotte ist nur ein Stück Weltpolitik. Die Milliarden, die wir für diese Flotte ins Wasser werfen, sind nur der kleinere Teil dessen, was das deutsche Volk für die Weltpolitik zu zahlen haben wird diesem schlimmsten Feind des deutschen Handels und der deutschen Industrie. —

Deutsches Reich.

Flotten-Exzellenz? Wie die „Germania“ meint, haben der Präsident des Reichstags, Graf Ballestrin, den Exzellenz-Titel erhalten, als ein Zeichen der hohen Befriedigung des Kaisers über das Zustandekommen des Flottengesetzes.

Dieser Titel würde demnach das deutsche Volk mehr als fünf Milliarden kosten. —

Die Friedenskonferenz des Weltkriegs. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Amsterdam: In den ersten Tagen des September werden Bevollmächtigte aller Staaten die Akten zur Anerkennung der Beschlüsse der Friedenskonferenz unterzeichnen. Es findet alodam eine Zusammenkunft zur Ernennung eines General-Sekretärs und der nötigen Beamten statt. Auch die Geschäftsordnung wird dort festgesetzt.

Während die Welt brennt, halten die Feuerwehrlente in der Ferne eine Lösch-Parade ab! —

Ein „unerhörtes Gemisch“, ein Verbrechen, das „nur Barbaren“ begehen konnten, soll der Fingere Fremdenmord gewesen sein, wie ein Teil unsrer Presse — am lauesten fast die „vollgewordene Hämmer“ des Freitums — und vorzeten. Nur — an die Pariser Bluthochzeit und an die Sibilianische Vesper haben verschiedene Blätter schon erinnert — mit dem pharisäischen Trost: es ist schon lange her. Wir wollen an Neueres erinnern und an weit Schlimmeres, das mitten in dem Civilisationsherd unseres civilisierten Europa geschehen ist und zwar unter dem Beifall sämtlicher Parteien mit allgemeiner Ausnahme der Sozialisten. Wir reden von der „blutigen Matrosche in Paris“, die weit blutiger war als die blutigen Juni- und Juliwochen von Peking, denn es sind dort mehr Tausende hingenicht worden als hier Hunderte. Und es waren nicht Menschen, die nach dem Gebot eines Patriotismus, der auch bei uns in allen Schulen gelehrt wird, Fremdenhater und Eindringlinge totschlugen, sondern Menschen, die ihre Mitbürger und Landleute ermordeten, weil diese ihren Mit-

menschlichen Gutes thun und das arbeitende Volk aus den Klauen des Kapitalismus erretten wollten.

Gewiß — es sind greuliche Dinge, die sich in Bezug aufgetragen haben, allein sie reichen nicht entfernt an das entsetzliche Knochener, das unsere Civilisation im Mai 1871 der Pariser Kommune gegenüber für erlaubt nicht bloß, nein für eine Pflicht der kapitalistischen Civilisation gehalten hat. —

Zur Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Werkstätten und Motorbetrieben. Für Werkstätten, in welchen nicht bloß vorübergehend durch elementare Kraft (Dampf, Wasser, Wind, Elektrizität, Gas etc.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, treten am 1. Januar 1901 die Bestimmungen des § 154 Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung in Kraft. Der Bundesrat hat jedoch die Ausführungs-Bestimmungen dazu erlassen. Danach dürfen in Werkstätten mit Motorbetrieb, in welchen in der Regel zehn oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, Kinder zwischen 13 und 14 Jahren, welche nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, täglich nicht mehr als zehn Stunden beschäftigt werden. In Schleifer- und Polier-Werkstätten der Glas-, Stein- und Metallverarbeitung darf jedoch ihre Beschäftigung die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. — Auf die Werkstätten mit Motorbetrieb, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, finden von dem oben bezeichneten Datum die Bestimmungen der §§ 135 bis 138 der Gewerbe-Ordnung Anwendung; diese Werkstätten werden damit also bezüglich der Kinderbeschäftigung im wesentlichen mit den Fabriken gleichgestellt. In der gleichen Art werden auch die Arbeitsverhältnisse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die der Frauen über 16 Jahre den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung unterworfen.

Die Unternehmerschaft und König Stumm im Kriege mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt bekanntlich, daß der Arbeiter des Anspruchs auf Lohn dadurch nicht verlustig geht, daß er „für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert ist“. Nach dieser Vorschrift ist also der Lohn — auch Accoroblohn — z. B. bei Wahrnehmung von Terminen, von Kontrollbesprechungen, kurzen Krankheiten (dadurch entfällt der Nachteil der Auzerzeit) zu zahlen. Solche Bestimmungen war bei einigen Unternehmern, z. B. in der optischen Anstalt von Zeiß in Jena, schon vordem aus freien Stücken eingeführt, der größeren Menge der Unternehmer ist sie aber ein Dom in Pfahle des Verdienstes. Sie haben, wie wir wiederholt dargelegt, gegen diese Bestimmungen losgehend und verächtlich, sie durch Arbeitsordnung auszuschießen. Solcher Ausschluß ist ungültig, weil er gegen die guten Sitten verstößt. Das ist von der Rechtszahl der Richter und Gerichte und auch von Gewerbe-Inspektoren und Polizeibehörden anerkannt. Darob war auf dem Verbandstag des Bundes der Großindustriellen großes Lament. Sie wüßten es sich verbitten, riefen da einige Kommerzgerichte aus, daß Beamte und Polizei ihnen eine Belehrung darüber geben, was „gute Sitten“ seien. Auch König Stumm hat sich an diesem Wetlauf gegen die guten Sitten und gegen das Bürgerliche Gesetzbuch beteiligt. Durch Zusatz zu seiner Arbeitsordnung hat er für das Reumirker Eisenwerk festgelegt:

Dem § 10 der Allgemeinen Arbeitsordnung für das Reumirker Eisenwerk wird folgender Satz vorangesezt:

„Der Arbeiter kann seinen Lohn für solche Zeiten beanspruchen, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, auch wenn die Veranlassung entschuldbar und von nicht erheblicher Dauer ist.“

Dieser Zusatz tritt 14 Tage nach heute in Kraft.

Reumirker, den 2. Januar 1900.

Gebrüder Stumm.

Der Schlosser von Reumirker hat bekanntlich ein eigenes „Cherch“ seinen Arbeitern gegeben. Dem reißt sich würdig das „Sonderrecht“ wider die guten Sitten“ und das „Bürgerliche Gesetzbuch“ an. Nach der Gewerbe-Ordnung ist dieser geschwundene Zusatz an der Arbeitsordnung polizeilich zu entfernen, denn § 134 f. G. O. schreibt vor: Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben, deren Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft, sind auf Anordnung der unteren Verwaltungsbehörde durch gleichmäßige Arbeitsverträge zu ersetzen oder den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abzuändern.“ In Reumirker ist dies nicht geschehen. Dies geschwundene Vorgehen derer, die an Plottenjagdverstellung Millionen verdienen, wird hoffentlich im Reichstag seine gebührende Reumirker erfahren. Man sieht aus dem Kampf des Großunternehmertums gegen den § 616, den übrigens z. B. Professor Ehrlich für zwingendes Recht hält, wie wenig Achtung vor dem Gesetz Kapitalisten innehaben. —

Die Korn- und Fleisch-Wucherer suchen die Befürchtung, daß das Verbot der Einfuhr amerikanischen Wachsenfleisches nach Deutschland zu Repressalien führen könne, dadurch zu beschwichtigen, daß sie geltend machen, die deutsche Einfuhr nach Amerika sei nur um ein Drittel so groß, als die amerikanische Einfuhr nach Deutschland. Amerika habe also mehr zu verlieren als Deutschland. Bei dieser Redemung ist nur eins außer acht gelassen: daß die amerikanische Einfuhr notwendig ist zur Ernährung des deutschen Volks, und aus Wachen besteht, für die wir zunächst auf Amerika angewiesen sind, wöhligen die Produkte, die Deutschland nach Amerika ausführt, zumeist aus andern Staaten bezogen werden können. Der Volkstrog mit Amerika bedeutet demnach Aushungerung des deutschen Volks und schwere Schädigung des deutschen Handels und der deutschen Industrie. In dieser Schädigung liegt den Jauern nichts, und durch den Hunger des deutschen Volks füllen sie sich die Taschen. —

Das „gesundheitsschädliche“ amerikanische Wachsenfleisch wird jetzt massenhaft zur Verpflegung der Truppen verwandt. Wie der „Hamb. Anz.“ erfährt, hat eine große amerikanische Konserventabrik 60 000 Kisten gleich etwa drei Millionen Pfund Cornedbeef mit der englischen Regierung kontrahiert. Die englische Regierung würde gewissenlos handeln, wenn sie mit gesundheitsschädlichem Fleisch ihre Soldaten verproviantierte. Die ganze Verlogenheit unserer hinter hygienischen Vorwänden Wucher treibenden Agrarier erhellt aus dieser Thatfache. —

Beginn der Fleischwucher. Wie die „Münchener Anz. Ztg.“ erfährt, wird von dem Fleischwucherer zunächst das Einfuhrverbot für Wärsche und Wachsenfleisch in Kraft gesetzt werden. Eine kaiserliche Verordnung, welche die Zeit hierfür bestimmt, steht in wenigen Tagen zu erwarten. Ueber den Zeitpunkt, zu welchem die übrigen Bestimmungen des Gesetzes in Kraft treten sollen, scheinen entscheidende Beschlüsse noch nicht gefaßt zu sein.

Das Volk wird in demselben Augenblick vor dem „schädlichen“ Wachsenfleisch gerettet, in dem es die Soldaten als Proviant nach China nehmen. —

Einem tragischen Los sind die von dem socialdemokratischen Verein aus der Partei ausgeschlossenen ehemalige Genossen Buch und Hidel verfallen: sie werden von der „Post“ in überquellendem Mitleid befristet ans Herz geschlossen. Wegen die beiden noch so sehr gegen parteigenössige Pflichten gesündigt haben, eine derartige Woge haben sie nicht verdient. Freilich teilen die beiden dies tragische Geschick mit allen, die, sei es aus politischen oder auch aus weniger anständigen persönlichen Gründen, der Partei den Rücken gelehrt haben, oder aus ihr ausgeschlossen worden sind.

Daß die Logik der „Post“ von ihrem Urteil getrübt wird, ist um so weniger eine auffallende Erscheinung, als die „Post“ die Logik überhaupt als minderwertige journalistische Eigenschaft einzuschlagen pflegt. Gleichwohl sei es uns, die wir die Logik etwas höher bewerten, gestattet, auf die Widersprüche, die die „Post“ in eine Klotz von dreißig Zeilen hineinzuquetschen weiß, aufmerksam zu machen. Die „Post“ giebt der Vermutung Ausdruck, daß die Mühlbauer-Genossen Buch und Hidel ausgeschlossen hätten,

wahrscheinlich weil sie nicht eifrig genug für die Parteiwede gearbeitet haben“, und entrüstet sich dann zwoanzig Zeilen weiter unten über den schändlichen Umdant der Mühlbauer Genossen folgendermaßen:

„Bei der Socialdemokratie, für welche die beiden soviel gewirkt haben, daß ihnen zu thun fast nichts mehr übrig blieb, gilt offenkundig das Wort nicht: Dem Verdienst die Krone.“

Um den Widerspruch noch auffallender zu machen, leitet sie daswischen den Ausgeschlossenen, daß sie es an der „Dogmentreue“ hätten fehlen lassen, der „von oben“ verlangt werde. Nach den Darlegungen in unsrer heutigen Nummer über den Fall Buch können wir das von der „von oben“ verlangten Dogmentreue füglich auf sich berufen lassen. Der Geistreichthum der „Post“ verrät sich in dem Satz: „Beide haben sich der Parteivertretung dadurch unangenehm bemerkbar gemacht, daß sie 1890, 1895 und 1900 die Mandate im ersten Wahlgange eroberten.“ Danach gehört es wohl auch zu den Dogmen der Partei, daß ein Mandat erst in der Stichwahl erobert werden darf. Besonders reizend aber nimmt sich in dem Organ des absolutistischen Vöhrers von Saarabien folgender Satz aus:

„Dieses Scherbengericht charakterisiert den gewaltthätigen Geist der Socialdemokratie.“

Wer gedenkt dabei nicht der von uns veröffentlichten Stumm-Briefe!

Besuch bei den Rossleidenden. Von Mitgliedern des Staatswissenschaftlichen Seminars der Berliner Universität und Studierenden der Landwirtschaftlichen Hochschule wurde jüngst unter Leitung des Professors Max Sering eine Exkursion ins Havelthale unternommen, um Witter- und Bauernwirtschaften kennen zu lernen. Nach den Mitteilungen, die über die Studienfahrt verbreitet werden, ging die Reise nach einem Besuch der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Rauen nach der Domäne Liebow; in diesem Ort wurden auch die Bauerngehöfte von Bredow, Herrn. Gorgas, Schönberg, Schmidt und Wuge besucht. Von hier erfolgte Weiterfahrt nach Marlee, wo das Rittergut des Herrn Stolle besucht wurde. Hieran schloß sich noch der Besuch der Bauerngehöfte von Schrodtdorf, Eickstädt und Schmidt in Marlan. Allenthalben war man von dem Gesehenen in hohem Grade beeindruckt; die vortrefflichen Einrichtungen der Wirtschaften, der vorzügliche Viehstand, die üppigen Felder erregten allgemeine Bewunderung, und der Führer der Exkursion, Professor Sering, sagte: „In der vermeintlichen Strensandbüchse des heiligen römischen Reiches sei durch ungeheurer Energie und große Intelligenz etwas geschaffen, das der vollsten Anerkennung wert sei.“

Professor Sering hat sich längst den Agrariern mit Leib und Seele verschrieben. So werden wohl seine politischen Gegner wenig gegen die Feststellung einwenden können, daß sich sogar die Landwirte auf dem märkischen Lande vortrefflicher Einrichtungen, vorzüglichen Viehstandes und üppiger Felder erfreuen. Wie viel besser wird das nun erst alles sein, wo noch ginstlicher Boden dazukommt, in der Provinz Sachsen, in Pommern, Ost- und Westpreußen etc. In einem Staate, wo es den Landwirten möglich ist, ihre Wirtschaften durch Jahrzehnte hindurch in so hoher Blüte zu halten, da sollte man doch das Gezecke von dem „Kotstand“ unterlassen. —

Zum Fremdenkrieg. In Bognun besteht ein polnischer Gesangsverein „Halla“, der mit Politik nichts zu thun hat. Troyden wird dem Verein seit einiger Zeit die Ehre der polizeilichen Ueberwachung in seinen Versammlungen zu teil. In der letzten Monatsversammlung, die sich ausschließlich mit Gesangsangelegenheiten befaßte, fragte ein Mitglied, wie die Polizei dazu komme, den Verein zu überwachen. Darauf erklärte der Beamte die Versammlung für aufgelöst! Der Verein hat gegen dies Vorgehen Beschwerde eingelegt. —

Der Konsum des Rohrzuckers ist in Spanien seit dem Verlust der westindischen Kolonien erheblich zurückgegangen. Eine große Zahl von Zuckerröhrchen sind im Lande neu entstanden, welche alle heimisches Rohmaterial verarbeiten. Der Anbau der Zuckerröhrchen hat beträchtlich zugenommen. Der durchschnittliche Jahresverbrauch an Zucker beträgt in Spanien ca. 90 000 Tonnen. Die Zahl der Zuckerröhrchen ist nunmehr auf 30 gestiegen, welche den Gesamt-Jahresbedarf nahezu decken. 1897 betrug die Zuckereinfuhr noch 28 000 Tonnen, 1898 dagegen nur noch 8600 Tonnen. Die Zuckereinfuhr nach Spanien wird also für die deutsche Zuckerindustrie immer aussichtsloser. —

Gegen die Errichtung von Innungs- und Betriebs-Artenklassen hat die heftige Regierung Stellung genommen, indem sie auf eine diesbezügliche Eingabe der Orts-Artenklassen enthielten hat, daß Innungs-Artenklassen etc. nur dann die behördliche Genehmigung erhalten sollen, wenn dieselben ihren Vortheilen größere Vorteile bieten können, wie die Orts-Artenklassen“. In der Entscheidung heißt es u. a.:

Nach den Erfahrungen, die heute bei der Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes gemacht worden sind, kann es keinen Zweifel unterliegen, daß die wohlthätige Absicht des Gesetzes, den Versicherten eine ausreichende Fürsorge in Krankheitsfällen zu gewähren, am besten durch Errichtung von Kassen mit großer Mitgliederzahl zu erreichen ist. Aus diesem Grund ist vor allem darauf Bedacht zu nehmen, daß die Kassen leistungsfähig bleiben und daß die Neuerrichtung von Kassen, die voraussichtlich nicht genügend leistungsfähig sein werden, nicht statthaltet. Gerade diesem letzt-erwähnten Gesichtspunkt ist aber bei der Frage der Genehmigung von Artenklassen Reinerer Innungen besondere Beachtung zu schenken.“

Ferner würden durch Errichtung von Innungs-Artenklassen häufig der Orts-Artenklasse gerade solche Mitglieder entzogen, die verhältnismäßig weniger in die Lage kämen, die Kasse in Anspruch zu nehmen und so der Orts-Artenklasse die Mitglieder verbleiben, die verhältnismäßig am meisten die Artenklassen in Anspruch nehmen. Auch sei wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß in Betrieben, die eigene Artenklassen besitzen, nur solche Arbeiter angenommen worden seien, von denen man annehmen konnte, daß sie der Kasse menschlicher Voraussicht nach vorerst nicht zur Last fallen werden. (1)

Auf Grund dieser Erwägungen wird den Behörden genaue Prüfung jedes Einzelfalles zur Pflicht gemacht und die Zulassung einer Artenklasse nur unter oben genannter Voraussetzung empfohlen.

Um den persönlichen Verkehr mit den Arbeitern reger zu gestalten, hat der Gewerbe-Inspektor für den Mainzer Bezirk, Herr Bantich, ein nachahmenswerthes Verfahren eingeführt. Er hält in einzelnen Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereinen Vorträge. So hat er kürzlich in der Gewerkschaft der nichtgewerblichen Arbeiter einen Vortrag über die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz gehalten. In dem jüngsten Bericht konstatiert er, daß sich der Verkehr mit den Arbeitern immer lebhafter gestaltet habe und für beide Teile mitbringend gewesen sei. Auch die übrigen heftigen Gewerbe-Inspektoren berichten, daß ihnen aus dem Verkehr mit den Arbeiterorganisationen manche wertvolle Aufklärung geworden ist. Der Beamte für den Siegener Bezirk, Herr Engeln, hat neuerdings dem Vorsitzenden des dortigen Gewerkschaftsrates den Wunsch ausgesprochen, einer Kartellung beizuwohnen. Selbstverständlich wird dem seitens der Arbeiter bereitwillig willfahren. —

Zweierlei Recht,

— so erklärte mit jenem Stolz, den die preussischen Beamten aus vergangenen Tagen übernommen haben, der Erste Staatsanwalt Dr. Peterlen in Stettin, giebt es in Preußen nicht. Es geht nichts über die Würde eines lgl. Staatsanwalts, wenn er eine amtliche Erklärung abgibt; diese Würde ist so erhaben und edel, daß nur ein ganz ordinärer Demokrat und Kritiker noch ein Auge offen hält für die etwaigen Mängel, die, wie allem menschlichen Thun, auch einer amtlichen Erklärung anhaften können.

Die Aeußerung des Staatsanwalts Peterlen fiel gegenüber dem Verteidiger des Grafen Arnim, der mit dem Barland und dem Aufsichtsrat der Pommerischen Hypothekbank angefaßt war, weil die Bank seit Jahren falsche Bilanzen veröffentlicht und endlich, als die verschleierte Unterbilanz an den Tag kam, ihre Genossen und Pfandbriefhaber um einige Millionen erleichtert hat. Gegenüber dem Grafen Arnim, der als Vorsitzender des Aufsichtsrats an der Spitze der Hypothekbank stand, wor die Sache insofern kompliziert, als die Bank dem Grafen auf sein Gut Rassenheide noch 700 000 M. landchaftlicher Hypothek nach 2/3 Millionen Mark geliehen hatte. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen ist das Gut aber nur 2/3 bis 3 Millionen Mark wert. Arnim ist die Verschleierung eines Guts nicht so leicht; andre Sachverständige rechneten mehr heraus, und deshalb ließ die Staatsanwaltschaft die Anklage auf Untreue gegen den Grafen fallen.

Zunehmlich blieben nur die starken Bilanzfälschungen und ein falscher Bericht an den Staatskommissar übrig. Unverkennbar verantwortlich dafür waren die Direktoren Thymm und Ubbel. Die übrigen Angeklagten erklärten sich für Landwirte und wählten von den Geheimnissen der Buchführung weniger als nichts. Und die Sachverständigen meinten denn auch, man könne es den Aufsichtsratsmitgliedern nicht zum Vorwurf machen, wenn sie falsche Buchungen nicht entdecken konnten. Dazu müßte man schon beständig an der Geschäftsleitung teilnehmen. Unter diesen Umständen hat allerdings die Garantie, welche der Aufsichtsrat Genossen und Aktionären geben soll, keinen erheblichen Wert.

Zweierlei Recht giebt es nun zwar in Preußen nicht, wohl aber zweierlei Rechtsauffassung; das beweist ein Vergleich des Urteils, zu dem die Richter gekommen sind, mit den Anträgen des Staatsanwalts. Selten ist der Unterschied zwischen dem richterlichen Urteil und dem Antrag der Staatsanwaltschaft so scharf ausgefallen, wie in dem Stettiner Prozeß. Wie oft überraschen unsre Gerichtsurteile durch die abnorme Uebereinstimmung der Strafmaße, mit der Staatsanwalt und Gerichtshof sich in den weiten Grenzen, die unser Strafgesetzbuch läßt, zurecht finden. Wie wenig aber ist von dieser Uebereinstimmung zu merken in dem Stettiner Prozeß!

Da ist zunächst die große Hauptfrage, ob Graf Arnim überhaupt zu verurteilen sei. Der Staatsanwalt und der Erste Staatsanwalt bejahen diese Frage; der Antrag lautet auf sechs Monate Gefängnis, die allerdings als verbüßt durch die Untersuchungsgefängnis angesehen werden sollten. Die Hof hat ein Jahr gedauert! Das Gericht aber sprach den Grafen Arnim und mit ihm alle Angeklagten, außer den beiden Direktoren frei. Der Staatsanwalt hätte gegen den Angeklagten v. Blumenthal 4 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht sprach ihn frei. Gegen die Direktoren Thymm und Ubbel waren 2 Jahr bezw. 1 Jahr Gefängnis, gegen ersteren auch 3 Jahr Ehrverlust beantragt; die Untersuchungsgefängnis von 1 Jahr sollte nicht angerechnet werden. — weil sich die Angeklagten nicht als schuldig bekennen wollten. Das Gericht aber hat nur auf 6 Monate bezw. 6 Wochen Gefängnis erkannt und diese als verbüßt erachtet. So ist denn die große Aktion gegen die Bankleiter ausgegangen wie das Horninger Schicksal.

Der Prozeß ist von großer Bedeutung unter dem Gesichtspunkte der Ereignisse, die man von der hereinbrechenden wirtschaftlichen Krise erwarten muß. Graf Arnim und die übrigen Angeklagten haben davon profitiert, daß noch kein Sturm wegen verkrachtter Gründungen durchs Land geht. Alle Neben, alle Ansagen, alle Meinungen und das Urteil wären höchst wahrscheinlich anders ausgefallen, wenn wir in einer Zeit lebten entsprechend derjenigen von 1875.

Auf der andern Seite werden sich freilich anscheinend die Gutachten und Ansagen und das daraufhin ergangene Urteil zu Protokoll nehmen und es in den kommenden Prozeßen verwerthen, vor allem jenes wertvolle Gutachten, daß ein Aufsichtsrat von der Buchführung nichts zu verstehen braucht und die Bilanzen im Vertrauen auf die Direktoren und Buchhalter unterschreiben darf, auch wenn diese Bilanzen stark gefälscht sind. Aber vielleicht wird dies alles an dre Angeklagte nicht vor der Beurteilung schäßen, sobald Stimmung und Meinung unter der veränderten Auffassung einer allgemeinen Entrüstung verschoben sein werden.

Aber zweierlei Recht? Bewahre! Es ist ein Recht, nur gehandelt unter verschiedenen Umständen, angehen und beurteilt von verschiedenen Männern, in verschiedenen Zeitläuften, ohne, daß damit den unter veränderten Umständen verschiedenen Rechtssprechenden ein Vorwurf daraus gemacht werden soll und kann.

Nur schade, daß es für den Angeklagten ganz gleich ist, ob ihn ein andres Recht scheidet, oder eine andre Rechtsauffassung bratet. —

Ausland.

Rumänien.

Kabinettswechsel. Carp wurde beantragt, ein Kabinet des konservativen Zusammenschlusses zu bilden, welches bis Freitag konstituiert sein wird. Das Ministerium wird wahrscheinlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: Carp, Vorsitz und Finanzen; Claresco, der jetzige Präsident der Deputiertenkammer; Zmorescu; Warghiloman Answartiges; Wajoresco Justiz; Nicolaus Filipescu, der frühere Bürgermeister von Bukarest, Handel und Domänen; Constantiu Arion Unterrichts und Kultus; General Labovary, der gegenwärtige Kriegsminister und Gradistiano, der gegenwärtige Minister der öffentlichen Arbeiten behalten ihre Portefeuilles. —

Äfrika.

Boerenkrieg. Das Reutersche Bureau meldet aus Pretoria vom 17. Juli: Gestern griffen die Boeren den linken Flügel der Stellung des Generals Pole-Carew ohne Erfolg an. Pole-Carew hatte eine scheinbare Lücke in seiner Verteidigungsstellung gelassen, welche jedoch durch das Feuer seiner Schiffs- und Feldgeschütze bestreicht werden konnte. Die Boeren gingen vorsichtig vor, als die britische Artillerie plötzlich ein heftiges Feuer auf sie eröffnete, so daß sie zurückgehen mußten.

Auf Springs wurde ebenfalls ein Angriff seitens der Boeren gemacht, wo sie nach heftigen Kampf bis auf 50 Yards an die Stellung des Royal Irish-Regiments heranliefen. Das Regiment, aufgeföhrt, sich zu ergeben, gab als Antwort eine Salve ab, welche den Feind nach allen Richtungen zerstreute.

Wie das Reutersche Bureau aus der Umgegend von Kooikranz vom 15. d. Wts. meldet, kam General Kundle, welcher seinen Vormarsch fortgesetzt hatte, bei Kooikranz nordwestlich von Fidsburg mit dem Feinde in Verbindung. Die Boeren, ungefähr 150 Mann stark, zogen sich allmählich zurück. General Wrabant besetzte Kooikranz. Die britische Artillerie nahm die Hügel den ganzen Tag unter Feuer, während Wrabants Truppen und die Jeomanry auf Wachsenfleischnweite heftig feuernd vorrückten. Vor Sonnenuntergang wurden große Verstärkungen der Boeren demerkt, welche ungefähr 3 Meilen entfernt über die Berge vorzudringen; der Kampf wird wahrscheinlich morgen wieder aufgenommen werden.

Ueber die Degradierung eines Boerenanführers berichtet das Reutersche Bureau aus Zeerust vom 17. d. W., General Delaren habe den Kommandanten Snyman vom Kommando enthoben und degradirt. —

Partei-Nachrichten.

Der Ausschluß von Buch und Hidel aus der socialdemokratischen Partei erfolgte, wie bereits mitgeteilt, durch einstimmiges Votum der von etwa 150 Genossen besuchten Versammlung des Mühlbauer Wahlvereins, und zwar auf Grund der §§ 1 und 3 unseres Organisationsstatuts, von denen der letztere nur demjenigen zur Partei zählt, der diese „nach Kräfte unterstellt“, während der letztere mit Ausschluß bedroht, wer sich einer „ehelichen Handlung“ schuldig macht. Der Verstoß gegen erstere Bestimmungen wurde darin gefunden, daß Buch nach Niederlegung seines Reichstagsmandats durch Inanspruchnahme bürgerlicher Blätter in seinem Streit mit der anerkannten Organisation der reichsländischen Socialdemokratie diese in voller Kenntnis der Tragweite feingez

Arbeitsniederlegung in Dänemark. In den bekannten Bauindustriellen Konsernefabriken hat ein halbes Duzend Frauen die Arbeit niedergelegt.

Für eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends werden diese unglücklichen Frauen mit einer Krone und zwanzig Dore entlohnt (etwa 80 Kreuzer).

Die Arbeiterinnen verlangten 1 Krone 50 Dore pro Tag. Es wurde ihnen abgeschlagen. Darauf legten sie die Arbeit nieder.

Eine Frau als Direktorin einer Schlosserwaren-Fabrik. Das Amtsblatt des ungarischen Handelsministeriums meldet die interessante Thatsache, daß bei der ersten ungarischen Schlosser- und Blechwarenfabrik Aktiengesellschaft in Erlau Frau Alexander Gebhardt, geb. Emilia Roudvauer, zum Direktor gewählt wurde.

Frauen zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zugelassen. In Prag wurden die Frauen an allen drei Fakultäten studieren dürfen.

Die Budapester Studentinnen. Es sind jetzt genau vier Jahre, seitdem in Budapest die höheren Gymnasialklassen für die Mädchen eröffnet wurden.

Der chinesische Krieg.

Petersburg, 18. Juli. (W. Z. V.) Das Gerücht von einer erfolgten Kriegserklärung Rußlands an China ist unbegründet.

Paris, 18. Juli. (W. Z. V.) Wie der „Tengs“ meldet, rechnet man mit der Möglichkeit, noch eine neue Brigade für das chinesische Expeditionskorps zu bilden.

Brüssel, 18. Juli. (W. Z. V.) Der belgische Konsul in Shanghai meldet, daß zufolge Nachrichten aus chinesischer Quelle die Fremden in Peking in das Palais des Prinzen Tching geflüchtet sein sollen.

London, 18. Juli. Eine Depesche des Admirals Seymour vom 15. Juli besagt: Die verbündeten Truppen hatten beim Angriff auf die Eingeborenenstadt Tientfins am 13. Juli ein heftiges Gefecht zu bestehen.

Rom, 18. Juli. Der Papst richtete an den Kardinal-Bischof ein Schreiben, in welchem er sagt, die traurigen Ereignisse in China, welche seine Seele wegen der Verletzung so vielen christlichen Bluts mit Schmerz erfüllen.

Washington, 18. Juli. Der amerikanische Gesandte in Seoul telegraphierte, daß Boyer und eine chinesische Streitmacht wenige Meilen von der Grenze Koreas stehen.

Washington, 18. Juli. (W. Z. V.) Der Ministerat beschloß, an China den Krieg nicht zu erklären und Truppenbewegungen auf eigene Verantwortung des Präsidenten nach China zu beordern.

Teile Nachrichten und Depeschen. Vom Boererkrieg. London, 18. Juli. (W. Z. V.) Lord Roberts telegraphiert aus Pretoria von gestern: Der Feind machte gestern einen entschlossenen Angriff auf Bole Karoo.

Brüssel, 18. Juli. (W. Z. V.) Die Repräsentanten-Kammer wählte Sadeleur (Katholik) zum Präsidenten, sowie Schollaert und Peynen (beide Katholiken) zu Vizepräsidenten.

London, 18. Juli. (W. Z. V.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Freiwilligen-Bill an, nachdem Unterstaatssekretär Wyndham erklärt hatte, die Regierung würde nicht auf dem Paragraphe des Gesetzes bestehen, welcher bestimmt, daß die Freiwilligen sich für den Dienst im Ausland anwerben lassen können.

Brüssel, 18. Juli. (W. Z. V.) Die Repräsentanten-Kammer wählte Sadeleur (Katholik) zum Präsidenten, sowie Schollaert und Peynen (beide Katholiken) zu Vizepräsidenten.

London, 18. Juli. (W. Z. V.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Freiwilligen-Bill an, nachdem Unterstaatssekretär Wyndham erklärt hatte, die Regierung würde nicht auf dem Paragraphe des Gesetzes bestehen, welcher bestimmt, daß die Freiwilligen sich für den Dienst im Ausland anwerben lassen können.

Sandlungsweise schwer geschädigt, insbesondere aber durch sein Verhalten während des Ersatzwahlkampfes selbst zum großen Teil die schwere Niederlage unserer Partei verschuldet hat.

In ähnlicher Weise verging sich Hinkel, Buebs Freund, in schwerer Weise gegen die Interessen der Partei. Er erklärte an mehreren Stellen öffentlich, er wolle seinen „Schwaben“ und arbeitete auch in anderer Weise im geheimen gegen Emmel.

Der Vertreter des Landeskomitees teilte der Versammlung mit, daß die zur Zeit noch zwischen Bueb und dem Berliner Parteivorstand schwebenden Verhandlungen sich lediglich auf die Entschädigung für erwachsene und etwa noch erwachsende Prozeßkosten bezögen.

Wegen Verbreitung des Kalenders „Ostpreussischer Landbote“ während der Zeit der Reichstagswahl hatte das Schöffengericht in Posen den Genossen Peteret zu 150 Mk. Geldstrafe oder 30 Tage Haft verurteilt.

Die Gelsenkirchener Feiertagsruhe sollte durch die Verbreitung der Mai-Agitationsnummer des „Volksblatts“ gestört worden sein, und zwar, obwohl der betreffende Genosse, welcher sich deswegen dieser Tage vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte, die Verbreitung während der für den öffentlichen Geschäftsverkehr freigegebenen Zeit vorgenommen hatte.

Interessant wäre dies jedenfalls insofern gewesen, als der Richter geneigt schien, in diesem Falle zu einer Verurteilung zu kommen. Eine solche schien der Staatsanwalt auch noch nach dem negativen Ergebnis der Beweisnahme für möglich oder doch angebracht zu halten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Dekreture. Bei der Firma J. D. Elz sind Differenzen eingetreten. Sämtliche Werkstätten-Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Arbeitswillige haben sich genüssig gefunden.

Freitagabend 8 Uhr findet zur Besprechung dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung Inselstr. 10 statt.

Zur Lohnbewegung der städtischen Gasarbeiter. Am 18. Juli fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner und in Anwesenheit des Stadtrats Warggraff eine technische Konferenz der städtischen Gasanwalts-Verwaltung statt.

Zum Zustand der Fliesenleger. Der Verband der vereinigten Geschäfte und Lagerbetriebe in Berlin und Umgegend hat folgende öffentliche Erklärung erlassen:

Die unterzeichneten Firmen stehen noch wie vor auf dem Standpunkt der am 13. Juli 1899 mit der Lohnkommission auf zwei Jahre getroffenen Abmachungen und fordern ihre ausständigen Fliesenleger auf, die Arbeit binnen zwei Tagen wieder aufzunehmen.

Zur Entgegnung auf diesen Aufruf hat die unterzeichnete Kommission im Auftrag der Aufseherlichen zu erklären, daß es nicht der Wahrheit entspricht, wenn sie, wie es an den Anschlagtafeln zu lesen steht, von Abmachungen auf die Dauer von zwei Jahren sprechen.

Wohl ist es wahr, daß am 13. Juli 1899 Abmachungen in Bezug auf das Arbeitsverhältnis für die Fliesenbranche mit sechs Geschäften getroffen sind, jedoch niemals mit der Bestimmung auf eine bestimmte Zeit, folglich auch nicht auf zwei Jahre.

Daß eine Abmachung auf zwei Jahre nicht besteht, dürfte weiter den Arbeitgebern die Bestimmung vom 13. Juli 1899 bewiesen haben, welche das Resultat der Einigungsverhandlung vom genannten Tage entgegenwahr. In derselben werde ausdrücklich hervorgehoben, daß der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Frühjahr wieder aufgenommen würde.

Die Verechtigung der jetzigen Lohnforderung ist dadurch bewiesen, daß die Arbeitsniederlegung bei Nichtbeachtung in den betreffenden Geschäften eine einmütige ist, und daß selbst Fliesenleger, welche bis 18 Jahre in ein und derselben Firma thätig waren, sich derselben angeschlossen haben.

L. Fliesenleger sind entschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis ihre Verhältnisse endgültig geregelt sind.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Hamburger Werft-Arbeiter beschäftigt am Dienstag eine von 2500 Personen besuchte Versammlung der auf den Werften beschäftigten Arbeiter. Sämtliche Arbeiter urteilten in der schärfsten Weise den brutalen Gewaltakt des Arbeitgeberverbandes.

Die Versammlung erklärt, durchaus nicht überrascht zu sein durch das brutale Vorgehen des Arbeitgeberverbandes, denn nach dem, was die Herren Blohm und Genossen bisher geleistet haben auf diesem Gebiet, war nichts anderes zu erwarten.

Die nicht ausgesperrten Arbeiter der verschiedenen Werften sind am Mittwochmorgen ausnahmslos zur Arbeit gegangen. Arbeitswillige für die streikenden Arbeiter haben sich bis jetzt nicht gefunden.

Der Vorstand der Metallarbeiter wird sich umgehend mit den englischen Werftarbeitern in Verbindung setzen, damit in England keine von Hamburg kommenden Schiffe repariert werden.

Ein Vertrauensvotum ist Herrn Dr. Max Hirsch von dem Ortsverband der Gewerksvereine von Magdeburg und Umgegend ausgestellt worden.

Die Resolution kann freilich nach dem Kommentar der „Volkszeitung“ weniger als ein Verzicht verdienen. Als vielmehr als ein Beweis für den totalen Mangel an Selbstständigkeit und Urteilsfähigkeit der Resolutionen angesehen werden.

Man hatte sogar geflissentlich vermieden, die Erörterung der Frage durch die Tagesordnung der Versammlung bekannt zu geben, um im engsten Zirkel höchst unternisch zu sein und der angegriffenen „Volkszeitung“ die Möglichkeit der Verteidigung abzuschneiden zu können.

Man hatte sogar geflissentlich vermieden, die Erörterung der Frage durch die Tagesordnung der Versammlung bekannt zu geben, um im engsten Zirkel höchst unternisch zu sein und der angegriffenen „Volkszeitung“ die Möglichkeit der Verteidigung abzuschneiden zu können.

Sociales.

„Kulturaufgaben leiden nicht“. Die Regierung zu Bregenz hat an die sämtlichen ihr unterstellten Schulspektoren folgende Verfügung erlassen:

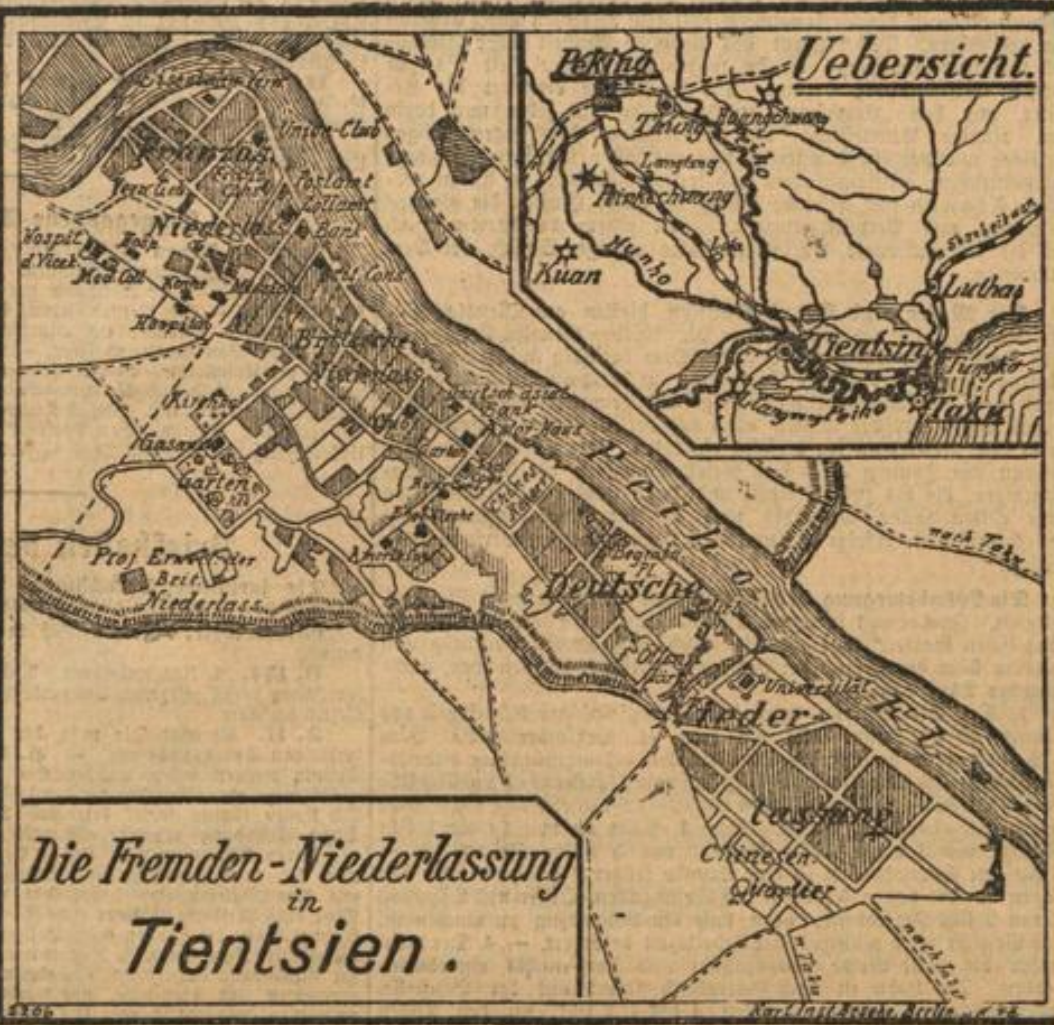
Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat uns diesjährig zur Gewährung von Entschädigungen an die Lehrer und Lehrerinnen für die Teilnahme an amtlichen Konferenzen einen erheblich geringeren Betrag als im Vorjahr zur Verfügung gestellt und gleichzeitig daran erinnert, daß die Schulgemeinden zur Deckung der durch diese Konferenzen entstehenden Kosten nicht mehr herangezogen werden dürfen.

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat uns diesjährig zur Gewährung von Entschädigungen an die Lehrer und Lehrerinnen für die Teilnahme an amtlichen Konferenzen einen erheblich geringeren Betrag als im Vorjahr zur Verfügung gestellt und gleichzeitig daran erinnert, daß die Schulgemeinden zur Deckung der durch diese Konferenzen entstehenden Kosten nicht mehr herangezogen werden dürfen.

Die Regierung zu Bregenz hat an die sämtlichen ihr unterstellten Schulspektoren folgende Verfügung erlassen: Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat uns diesjährig zur Gewährung von Entschädigungen an die Lehrer und Lehrerinnen für die Teilnahme an amtlichen Konferenzen einen erheblich geringeren Betrag als im Vorjahr zur Verfügung gestellt und gleichzeitig daran erinnert, daß die Schulgemeinden zur Deckung der durch diese Konferenzen entstehenden Kosten nicht mehr herangezogen werden dürfen.

Die Angriffe auf die Fremdenniederlassung in Tientsin.

Der Plan stellt die Fremdenniederlassung, die am südöstlichen Ende der in einem weiten Bogen mit einem Befestigungswall umzogenen Stadt Tientsin liegt, dar. Dieselbe erstreckt sich in ziemlicher Länge am rechten Ufer des bei Tatu ins Meer mündenden Peiho...



Die Fremden-Niederlassung in Tientsin.

Nacht- und Ueberzeitarbeit gefordert, die nur im Interesse der Kapitalisten liegt. Gerade in der Textilindustrie ist eine starke Arbeiterarmut vorhanden, die eingeschränkt werden muß.

Willison unterstützt namens der englischen Delegation die Resolution. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei stets das Ziel der englischen Gewerkschaften gewesen. Seit 1894 mache sich im Textilgewerbe eine stielige Tendenz zur Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichem Steigen der Löhne bemerkbar.

Brückmann-Münster führt einige Beispiele für die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte an. Vor einiger Zeit richtete die Gewerbeinspektion in Plauen die Anfrage an die Fabrikanten des Bezirks, ob sie nicht den Frauen den Sonnabend-Nachmittag frei geben könnten, damit diese das Hauswesen besorgen könnten.

Wils-Lancashire: In der Baumwollen-Industrie wird auch bei uns der Versuch gemacht, die Ueberzeitarbeit einzuführen. Aber an der Stärke der Organisation scheitern die Pläne der Fabrikanten. Dem Redner ist es als Engländer unverständlich, daß irgend jemand die Ermächtigung haben könne, Ueberzeitarbeit zu erlauben.

Hil-Lancashire berichtet von den Versuchen der Baumwollen-Fabrikanten durch Einführung des Schichtwechsels die Arbeitszeit zu verlängern. Das Aussehen sei von den Organisationen aber abgewiesen worden.

Spinner von Brinn: Die Spinner von Brinn führen seit Jahren einen vergeblichen Kampf gegen die Nachtarbeit. Wenn das Geschäft gut geht, führen die Bränner Spinnermeister die Nachtarbeit ein.

Wagner-Chemnitz begründet die Resolution. In Deutschland besteht für die Frauen der 11 stündige Arbeitstag. Es werden aber fortgesetzt Ausnahmen von den Behörden gestattet, wodurch der ganze Wert der Arbeitszeiteinschränkung illusorisch wird.

Baudert-Avolda: Die bürgerliche Presse hat mit Behagen den Ausspruch Millersands gebracht, daß Deutschland an der Spitze der Sozialreform marschiere. Unge Arbeiter waren darüber ja etwas verwundert; noch mehr müssen sie es heute sein, wenn sie von ihren französischen Genossen hören, wie vorzüglich es gerade Frankreich in dieser Beziehung hat.

Wagner-Chemnitz: Die Frage braucht nicht länger debattiert zu werden. Die verschiedenen nationalen und internationalen Arbeiterkongresse haben sich für den Achtstundentag erklärt und für jeden Anhänger des Achtstundentages ist es selbstverständlich, daß er Gegner der Ueberzeit- und Nachtarbeit ist.

Die englische Delegation erklärt ihre Zustimmung zu der deutschen Resolution. Brezina-Wien: Auch die Oesterreicher stimmen der Resolution zu. Sie haben auf allen Landeskongressen die Beseitigung der

Vierter internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Berlin, den 18. Juli 1900.

Dritter Verhandlungstag.

Sonntag-Sitzung.

Den Vorsitz führt Lepers-Roubaix. Er übernimmt die Leitung mit dem Wunsche, daß die erregten Scenen von gestern nachmittag sich nicht wiederholen mögen.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsschreiben der Textilarbeiter von Courvrai und St. Etienne (Frankreich), Breviers (Belgien) Leslar (Ungarn) und der schweizer Textilarbeiter tritt man in die Tagesordnung ein.

Die Verhandlungen über den dritten Punkt „Abkündigung der Accordarbeit“ werden fortgesetzt.

Reichstags-Abgeordneter Baudert-Avolda beantragt, die englische Resolution auf Abkündigung der Accordarbeit dahin zu ergänzen, daß ausdrücklich die Einführung des Wochenlohns verlangt wird, damit die Arbeiter durch ihnen vom Fabrikanten angezwungene Feiertage nicht etwa in ihrem Lohn geschädigt werden.

Die belgischen Kollegen beantragen, die Entscheidung über den ganzen Punkt bis zum nächsten Kongress zu verschieben. Für Belgien sei die Einführung neuer Maschinen zu erwarten, die es dem Arbeiter ermöglichen, auch bei Stücklohn mehr zu verdienen.

Engels-Ville erklärt sich energisch gegen den belgischen Vorschlag. Die Accordarbeit hätte schon längst abgeschafft werden sollen. Lepers-Roubaix äußert sich in gleichem Sinne. Er wünscht ferner die Einsetzung eines internationalen Komitees, welches einen einheitlichen Lohnstarif für alle Länder ausarbeiten sollte.

Bar-Gent begründet den belgischen Antrag. Er habe infolge der falschen Uebersetzung dieses Punktes sich mit seinen Mandanten über die Frage der Abkündigung der Accordarbeit nicht verständigen können. Er persönlich glaube übrigens, daß nach Einführung der verbesserten Maschinen es dem Arbeiter bei Stücklohn nicht so schlecht gehen werde.

Sower-Lancashire wendet sich im Namen der Mehrheit der Lancashirer gegen die Annahme der von den Horkshirer vorgeschlagenen englischen und von Baudert ergänzten Resolution. Trotz der vorzüglichen Argumentation Turners sei nicht einzusehen, weshalb die Accordarbeit abzuschaffen sei, die unsere Großväter selbst eingeführt hätten.

Troch-Lancashire (für die Minderheit der Lancashirer): In der Weberzeit hat die Accordarbeit die standalösesten Zustände gezeitigt. Bevor der Weber überhaupt dazu kommt, aus dem ihm gegebenen Stoffen Tuch zu verfertigen, geht ihm eine große Zahl von Tagen verloren, die bei Accordarbeit unbezahlt bleiben würden.

Beamten möglich sei, das müsse sich auch für Arbeiter durchführen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Debatte über diesen Punkt geschlossen. Der Präsident giebt noch einem englischen Redner das Wort, da die Engländer mitteilen lassen, daß sie eine wichtige Erklärung abzugeben hätten.

Im Auftrage der Majorität der Arbeiter von Lancashire erklärt nunmehr der internationale Sekretär, Willison, daß die Majorität der Lancashirer gegen die Resolution sei, und daß auch die übrigen Lancashirer für Aufhebung der Beschlußfassung seien, da sie mit ihren Mandanten über diesen Punkt noch nicht genügend Fühlung genommen hätten.

Bei der Abstimmung spalteten sich die Engländer. Die Horkshirer (3 Delegierte) stimmen gegen den belgischen Antrag, die Lancashirer (22 Delegierte) dafür. (Nach der Erklärung von Sower repräsentieren erstere 2000, letztere 140 000 Arbeiter.) Außerdem stimmen noch die Belgier für ihren Antrag, die Deutschen, Franzosen und Oesterreicher aber dagegen. Der Antrag ist somit mit 3 gegen 2 Nationen abgelehnt.

Für die Abkündigung der Accordarbeit stimmen sodann die Deutschen, Franzosen, Oesterreicher und 8 Engländer. Die Belgier enthalten sich der Abstimmung, ebenso die übrigen Engländer. Die Abkündigung der Accordarbeit ist somit beschlossen. Auch das Amendement Baudert gelangt mit 3 gegen 2 Nationenstimmen zur Annahme (Lebhafter Beifall bei den Deutschen).

Die Engländer behalten es sich vor, die ganze Frage auf dem nächsten internationalen Kongress wieder anzukündigen.

Schließlich wird beschlossen, daß die Engländer sich während der Mittagspause über ihre Stellungnahme definitiv schlüssig machen sollen.

Nach 1 Uhr wird die Sitzung vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Beim Beginn der Nachmittags-Sitzung giebt die englische Delegation die Erklärung ab, daß sie sich nunmehr über die Frage der Accordarbeit in ihrer Gesamtheit der Stimme enthalten.

Die Abkündigung der Accordarbeit ist somit durch die Stimmen von drei unter fünf Nationen beschlossen.

Die Aufstellung eines einheitlichen Lohnstarifs wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Lepers auf den nächsten Kongress verschoben.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung: „Abkündigung der Ueberzeit- und Nachtarbeit.“

Die deutsche Delegation schlägt folgende Resolution vor: „Der Kongress erachtet es für dringend notwendig, daß die Arbeiter aller Länder dahin streben, mit Hilfe der Organisation, sowie auf dem Wege der Gesetzgebung die Beseitigung der Ueberzeit- und Nachtarbeit zu erreichen.“

Wagner-Chemnitz begründet die Resolution. In Deutschland besteht für die Frauen der 11 stündige Arbeitstag. Es werden aber fortgesetzt Ausnahmen von den Behörden gestattet, wodurch der ganze Wert der Arbeitszeiteinschränkung illusorisch wird. 1897 wurde die Ueberarbeit in 1161 Betrieben zugelassen, 1898 in 1114. Dagegen betrug die Dauer der täglichen Ueberarbeit 1898 1127 Stunden, während sie 1897 nur 1008 betragen hatte.

Die Aufstellung eines einheitlichen Lohnstarifs wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Lepers auf den nächsten Kongress verschoben. Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung: „Abkündigung der Ueberzeit- und Nachtarbeit.“ Die deutsche Delegation schlägt folgende Resolution vor: „Der Kongress erachtet es für dringend notwendig, daß die Arbeiter aller Länder dahin streben, mit Hilfe der Organisation, sowie auf dem Wege der Gesetzgebung die Beseitigung der Ueberzeit- und Nachtarbeit zu erreichen.“

Wagner-Chemnitz begründet die Resolution. In Deutschland besteht für die Frauen der 11 stündige Arbeitstag. Es werden aber fortgesetzt Ausnahmen von den Behörden gestattet, wodurch der ganze Wert der Arbeitszeiteinschränkung illusorisch wird. 1897 wurde die Ueberarbeit in 1161 Betrieben zugelassen, 1898 in 1114. Dagegen betrug die Dauer der täglichen Ueberarbeit 1898 1127 Stunden, während sie 1897 nur 1008 betragen hatte.

Die englische Delegation erklärt ihre Zustimmung zu der deutschen Resolution. Brezina-Wien: Auch die Oesterreicher stimmen der Resolution zu. Sie haben auf allen Landeskongressen die Beseitigung der

Der Vorsitzende Lepel sieht keine Veranlassung, von der regulären Abwicklung der Tagesordnung abzuweichen. Hierauf verlegt sich der Vortrag (5 Uhr).

In den Bericht über die vorgelegte Rede von Berger-Berlin haben sich einige hinsichtlich Druckfehler eingeschrieben. Der Redner hat ausgeführt, daß im schächstigen und böhmischen Erzgebirge die Möbel- und Konfektions-Industrie sich derartig entwickelt hat, daß von dort aus der gesamte europäische und amerikanische Markt vollständig versorgt werden kann. Ferner hat er noch bemerkt, daß in Rappersdorf (Nieder-Ostreich) die Arbeiter der Gold- und Silberband-Manufaktur gezwungen sind, neben ihrem Hauptberuf noch Landwirtschaft zu treiben.

Choliz-Berlin legt Wert darauf, um jedes Mißverständnis auszuschließen, die Stelle seiner gestrigen Rede, die sich auf die Berliner Webeschule bezog, wortgetreu wiederzugeben zu sehen. Er sagte:

„Die Webeschule in Berlin kann trotz der hohen Kunstentwicklung eine Besserung der hiesigen Verhältnisse nicht herbeiführen. Die Teilnahme zur weiteren Ausbildung in der Schule kann in dem früheren Maße nicht mehr stattfinden, weil keine Lehrlinge mehr am hiesigen Ort in die Weberei eintreten.“

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag eine Versammlung im Graumannschen Lokal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Mitglieds Kopp, sowie des Genossen Anton Kopp in der üblichen Weise. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag von Dr. Silberstein über das Thema: Der Alkohol und die Arbeiter. Der Vortragende gab eine wissenschaftliche Darstellung der Wirkungen des Alkohols auf den menschlichen Körper und zeigte an statistischen Zahlen die Beziehungen zwischen Alkoholisierung und Verbrechen. Die Ursachen des Alkoholismus in Arbeiterkreisen führte der Redner zurück auf schlechte Ernährung, Ueberanstrengung, und außerdem auch auf die erhebende Wirkung des Alkohols. Der Redner kam zu dem Schluss: Der Alkoholisierung in Arbeiterkreisen steht in nächstem Zusammenhang mit den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter. Je mehr diese Verhältnisse gebessert werden, desto mehr wird auch der Alkoholisierung vorgebeugt. Der Kampf für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiterklasse — und daneben die Aufklärung über die schädlichen Wirkungen des Alkohols — ist auch der erfolgreichste Kampf gegen den Alkoholisierung. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Aussprache. Der erste Redner war der Ansicht, daß der Alkoholisierung in Norddeutschland mit Rücksicht auf das Klima nicht ganz entbunden werden könne. Sämtliche nachfolgende Redner dagegen sprachen sich in Uebereinstimmung mit dem Vortragenden, ohne gerade Entschlossenheitsapostel zu sein, ganz entschieden gegen den Alkoholisierung aus. — Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß in der nächsten Versammlung Genosse Ströbel einen Vortrag über die englischen Gewerkschaften halten wird.

Der Wahlverein für den 6. Wahlkreis hielt am Dienstag im Keldberger Salon seine stark besuchte Generalversammlung ab. Vor Beginn der Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im verstorbenen Quartal verstorbenen Mitglieder Anders, Kluge, Schulz, Dietrich, Ganda, Kojensfeld und Straßentier durch Erheben von den Sitzen. Der Vorsitzende Kiesel erstattete zunächst den Gesamtbericht des Vorstandes vom letzten Quartal. Anher 5 Vorstandssitzungen z. fanden 4 Versammlungen in verschiedenen Bezirken statt. Der Vorschlag, die Wahlvereine-Versammlungen an den Anschlagtaulen bekannt zu machen, habe sich auch infolge gut bewährt, als die betreffenden Versammlungen sehr gut besucht waren. Um die Agitation für Aufnahme neuer Mitglieder in den Wahlverein allen Genossen im 6. Wahlkreis zu erleichtern, habe der Vorstand Aufnahmeerscheinne mit Anleitung für den Monatsbeitrag anfertigen und allen bekannteren Genossen zur Ausgabe übermitteln lassen. Es sei dadurch die Möglichkeit vorhanden, auf allen Arbeitsstätten zc., sowie in Familien- und Bekanntenkreisen Mitglieder für den Wahlverein zu werben. Wie sehr dies notwendig sei, habe die gesamte politische Entwicklung der letzten Jahre gezeigt. Gerade die Wahlvereine als einzige politische Organisation der Genossen sollten den Kern derselben für die Partei, die Schule der Mitglieder im politischen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien darstellen. Leider sei aber die Zahl der Mitglieder im Verhältnis zu den bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen, besonders im 6. Wahlkreis, wo allein 150.000 Wähler vorhanden sind, eine äußerst geringe. Redner bedauert auch, daß die eine Versammlung, in welcher Liebkecht seiner Zeit über die „lex Heinze“ referierte, nur schwach, dagegen die von den Bürgerlichen mit demselben Thema im Circus Schwann einberufene, sehr stark und von Socialdemokraten besucht gewesen sei. Jedemfalls dürfe man bei späteren ähnlichen Gelegenheiten wohl erwarten, daß die Genossen eher die von der eigenen Partei einberufene Versammlung besuchen. Auch sei zu wünschen, daß Erleichterungen, wie sie der Verein durch Sondervertretungen auf der Sternwarte und in der „Urania“ durch Uebernahme von Einloskarten zu ermäßigten Preisen den Mitgliedern verschafft habe, auch in Zukunft ausgenutzt werden. Gegenwärtig seien noch 30 Urania-Karten vorhanden, die in den Jahrestellen zc. entnommen werden könnten.

Der von Tauschel erstattete Kassenbericht ergab mit dem früheren Bestand von 202,70 M. eine Gesamteinnahme von 4028,90 M., eine Ausgabe von — darunter 8000 M. für Agitation — von 3028,90 M., so daß ein gegenwärtiger Bestand von 2 M. verbleibt. Eine genauere Abrechnung sei leider deshalb nicht möglich, weil bedauerlicherweise mit den Einloskarten zum Stiftungsfest noch immer keine vollständige Abrechnung bezug. Ablieferung erfolgte. Die betreffenden Genossen werden ersucht, die für Karten vereinnahmten Gelder oder nichtverkauften Karten abzuliefern. Die gleiche Säumigkeit sei leider auch mit der Zahlung der Beiträge eingetreten. Die Anteilungsführer werden daher ersucht, ebenfalls pünktlicher abzurechnen. Gegenwärtig betrage die Mitgliederzahl 3040, die aber für den sechsten Wahlkreis viel zu gering sei. Kleinert bekundete die Nichtigkeit der Abrechnung namens der Revisoren, worauf die beantragte Entloftung erteilt wurde. Ein Antrag Bernau, den Monatsbeitrag von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen, wurde nach kurzer Erörterung zur Beratung für die nächste Generalversammlung zurückgestellt. Zu seiner Begründung dieses Antrags demängelte Bernau den Inhalt der zumeist von Akademikern geschriebenen Flugblätter. Der Erfolg derselben sei darum so gering, weil diese Flugblätter zumeist in einer dem Volke unverständlichen Schreibweise verfaßt und mit ungenügendem Hinweis auf den „Vorwärts“ und die Wahlvereine geschrieben seien. Flugblätter dürften überhaupt nur von Genossen geschrieben werden, denen die Anforderungen und Bedürfnisse, besonders aber die Ausdrucksweise der Arbeiter genügend bekannt seien, sonst werde man eher Schaden als Nutzen haben. Auf besonderen Beschluß der Versammlung wurde dieser Antrag Bernau dem Vorstand und dem Berichtsführer zur Begutachtung überwiesen. Für die beiden aus wirtschaftlichen Ursachen auscheidenden Mitglieder werden als Abteilungsleiter der Handl. (Dramenduriger Vorstadt), Wehrend (Wedding-Bezirk) ernannt. Ein Antrag, ein Mitglied, das sich beim Zustand einer Gewerkschaft unsolidarisch benommen haben soll, deshalb aus dem Wahlverein auszuschließen, wurde, weil der Fall nicht genügend angeklärt, abgelehnt. Frangl wünscht, daß der „Vorwärts“ bei ähnlichen Ereignissen, wie beim plötzlichen Zustand der Straßendamer, wie es andere Zeitungen gethan, ebenfalls eine „Extra-Ausgabe“ vertelle. Ein Antrag Gutzmann: „In den am 21. September stattfindenden Gewerkschaftswahlen sind die Parteigenossen verpflichtet, dahin zu wirken, daß hinsichtlich der Besetzung die einzelnen Posten

bei dem Wahlgang socialdemokratische Arbeiternehmer und socialdemokratische Arbeitgeber sich gegenseitig unterstützen. Die diesbezügliche Weigerung eines organisierten Genossen gilt als „principieller Verstoß“, wurde nach kurzer Begründung durch den Antragsteller den Genossen zur Beachtung empfohlen.

Dem aus Niederbarren ausgewiesenen und unlängst in Döbmin verstorbenen Genossen App widmet der Vorsitzende Kiesel einen warmen Nachruf, die Versammlung chri sein Andenken durch Erheben von den Sitzen. Das Referat des Genossen Gullier über „Unfall- und Krankversicherung“ wurde wegen vorgezogener Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Vorsitzende erwähnt die Arbeiter, nur den „Vorwärts“ zu lesen, da ein jeder nur darin eine richtige Beurteilung und Würdigung der gegenwärtigen Weltlage und politischen Wirren, wie auch aller sonstigen Vorgänge auf politischem, wirtschaftlichem und socialen Gebiet zu finden vermöge, Frauen und Männer hätten in dieser Hinsicht die gleichen Interessen und Verpflichtungen. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Socialdemokratie erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Maler und Verlagsgenossen hielten am Dienstag eine Versammlung in den Vereinshallen ab, in der Genosse Druziel über Tarifvereinbarungen referierte. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine längere Diskussion, in der principielle Bedenken gegen eine Tarifvereinbarung nicht geltend gemacht wurden, sondern sowohl Mitglieder der lokalen als auch der centralen Organisation gleich dem Referenten für dieselbe eintraten. Die Abstimmung über die von der Innung mit dem Gesellenauschuß vereinbarten Bedingungen, die bis zum 1. April und dann immer auf ein weiteres Jahr gelten sollen, wenn bis zum 15. November die Kündigung von keiner Seite erfolgt ist, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Lohnbewegung der Fliesenleger ist in ein neues Stadium getreten. In der gut besuchten Versammlung, die am Montag im „Englischen Garten“ tagte, wurde nach eingehender Beratung und nachdem über den Stand der Bewegung berichtet worden war, nachstehender Tarif beschließen:

1. Der Stundenlohn beträgt bei neunständiger Arbeitszeit pro Stunde 80 Pf. Mindestlohn bis zum 31. Dezember 1900. Vom 1. Januar 1901 beträgt der Stundenlohn bei achtschändiger Arbeitszeit 90 Pf. — 2. Die Arbeitszeit beginnt vom 1. Januar ab um 7 1/2 Uhr morgens. Von 9-9 1/2 Uhr Frühstück, von 12-12 1/2 Uhr Mittag, um 1 Uhr Pausenabende von 12-12 1/2 Uhr. — 3. An den Sonnabenden ist eine Stunde früher Feierabend. An den Tagen vor den hohen Festtagen wie Weihnachten, Ostern und Pfingsten ist um 2 Uhr Feierabend, ohne daß ein Lohnabzug zu machen ist. Das Gehalt wird während der Arbeitszeit beibehalten. — 4. Der Lohn ist für die volle Woche auszuführen und darf nicht einbehalten werden. Der Lohn ist nach Feierabend sofort auf der Baustelle, andernfalls im Comptoir zwischen 4 bis 4 1/2 Uhr, an den Tagen vor den hohen Festtagen bis spätestens 2 Uhr auszuführen. — 5. Der 1. Mai ist als Feiertag freizugeben. — 6. Jahrespfeiler werden vergütet, in Berlin pro Tag 20 Pf., in den Vororten Schönberg, Nixdorf, Charlottenburg u. s. w. pro Tag 40 Pf. — 7. Für die Vororte, wofür eine Stunde zu vergüten ist, liegen in dem Radius bis zu einer Meile, für die Vororte, wofür zwei Stunden zu vergüten sind, liegen in dem Radius bis zu zwei Meilen. Außerdem ist in allen Fällen das erforderliche Fahrgeld zu erstatten. — 8. Für Arbeiten außerhalb ist der in Berlin ersichtliche Lohn und ein Zuschlag nicht unter 3 M. pro Tag zu bezahlen. Falls Kost und Logis gewährt wird, so ist ein Zuschlag nicht unter einer Mark zu zahlen. — 9. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist möglichst zu vermeiden; wo Ueberstunden gemacht werden müssen, ist ein Zuschlag von 25 Pf. zu bezahlen. Für Nachtarbeiten von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, sowie für Sonntagsarbeit ist der doppelte Lohn zu bezahlen. — 10. Zur Schlichtung von aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten wird eine Kommission aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern gewählt. — 11. Um geordnete Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, wird der Arbeitsnachweis der Organisation der Fliesenleger zur Vermittlung benutzt. — 12. Arbeitsordnungen, welche den getroffenen Vereinbarungen entgegenstehen, sind unzulässig. Wahrgelungen dürfen nicht stattfinden.

Nach dem Bericht, den die Lohnkommission erstattete, ist die Situation für die Arbeiter eine durchaus günstige. Bisher sind 102 Fliesenleger an der Lohnbewegung beteiligt. Einzelne Firmen haben den bisher geforderten Stundenlohn von 75 Pf. bereits bewilligt. Ein Teil der Ausständigen ist zum Maurerberuf übergegangen, während 91 Mann noch ausständig sind. Es wird übrigens erwartet, daß auch die wenigen Fliesenleger, welche noch zu den alten Bedingungen arbeiten, sich der Bewegung anschließen, so daß die Unternehmer, die bisher auf die Vorstellungen der Arbeiter keinerlei Entgegenkommen zeigten, sondern bereits mit schwarzen Listen operierten und die der Vereinigung der Handwerker beitreten wollten, um jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, bald gezwungen sein werden, die aufgestellten Forderungen anzuerkennen. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die Geschäftslage für eine sehr gute ist, daß die Organisation besonders in der letzten Zeit recht erhebliche Fortschritte gemacht hat und daß der nunmehr aufgestellte Tarif, der den Verhältnissen im Fliesenleger-Gewerbe völlig entspricht, unter allen Umständen zur Anerkennung gebracht werden muß, damit für längere Zeit endlich geordnete Zustände geschaffen werden. Damit der Kampf möglichst wenig Opfer erfordert, ist den Ausständigen anheimgegeben, bis auf weiteres als Mauerer zu arbeiten. Das Gewerkschaftslokal hat übrigens die Unterstützung der Bewegung zugesichert. Die Unterstützung der in Mitleidenschaft gezogenen Hilfsarbeiter haben die in Betracht kommenden Organisationen übernommen. Das Bureau der Lohnkommission befindet sich bei Buske, Grenadierstr. 33.

Der Zweigverein Berlin des Verbands deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher hielt am Donnerstag, den 12. d. M. bei Schiller, Rosenhaldenstr. 37, seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassenbericht des letzten halben Jahres ergab eine Einnahme von 545,45 M. und eine Ausgabe von 500,01 M., so daß ein Kassenbestand von 45,47 M. verbleibt. Das Vereinsvermögen beträgt inklusive des Arbeitslosen-Unterstützungsfonds 245,47 M. Der mit der Freien Vereinigung zusammen geführte Arbeitsnachweis vermittelte in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli insgesamt 388 feste und 1840 Anstellstellen und kann sich rühmen, der bestbesuchte Arbeitsnachweis Berlins zu sein. An der im Oktober vorigen Jahres erzielten Pachtzahl im Damenthronen beteiligten sich bis zum Schluß derselben 20 Schüler, es ergab einen Ueberschuß von 60 M. Das von derselben arrangierte Schauspielerverließ in glänzender Weise.

Von der Verbandsleitung sind der Filiale nachstehende Abstimmungsanträge zugegangen: I. Die Verbandsmitglieder mögen beschließen, daß die erwähnte Kommission funktioniert wird die eingehenden Korrespondenzen sowie das Verwaltungsmaterial einzuziehen, um erstere erledigen und letzteres an die Vereine gelangen zu lassen. II. Die Verbandsmitglieder mögen beschließen, daß entweder a) die unten erwähnte Kommission oder b) ein hierzu engagierter Kollege gegen festes Gehalt die Verbandsverwaltungsangelegenheiten bis zum Verbandstag erledigt. III. Den bisherigen Verbandsvorsitzenden abzusetzen. Diese Anträge nebst Begründung riefen eine heftige, langanhaltende Debatte hervor, da die Meinung über einzelne Punkte eine geteilte war. Nach fast einständiger Diskussion wurden die Anträge in folgender Fassung einstimmig angenommen: I. Der Berliner Zweigverein erkennt die Kommission an, jedoch müssen zwei Delegierte der Gewerkschaftskommission mit hineingewählt werden. II. Sollte letzteres nicht geschehen, so ist sämtliches Material an die General-Kommission nach Hamburg zu senden. III. Der bisherige Verbandsvorsitzende wird abgesetzt. Aus der Diskussion über die Anträge war noch herauszubringen, daß es den meisten Kollegen wünschenswert erscheint, wenn es auf dem im nächsten Monat in München stattfindenden Verbandstag der mißlichen Verhältnisse wegen zu einer

Auflösung des Verbands kommen möge. Ein diesbezüglicher Antrag ist schon vor längerer Zeit vom hiesigen Zweigverein angenommen worden. Nach Erledigung von noch zwei weiteren Angelegenheiten erfolgte Schluß der sehr interessanten Versammlung um 2 1/2 Uhr.

Schlächter! Donnerstag, den 19. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung in Gohl's Hof (großer Saal), Beuthstr. 20/21. Tagesordnung: 1. Die Fellen sich die Laden- und Schlächtergenossen zur Lohnbewegung der Gohl's-Schlächtergenossen Berlin? Referent: Reichstags-Abg. Fritz Jubeil. 2. Stellungnahme zu dem Beschluß der hiesigen Schlächter-Innung betr. Beibehaltung der Sonntagskündigung. 3. Gewerkschaftlich.

II. Homöopathischer Verein Berlin. Heute, Donnerstag, den 19. Juli cr., abends 9 Uhr, im Stadtbahnhof am Uferer Bahnhof: Diskussionsabend. Gäste willkommen.

Fischerklub „Menzshauer“. Heute abend 8 1/2 Uhr, Kudrowstr. 3: Uebungsstunde.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Einigkeit, Dick' Verlag) ist soeben das 12. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kulturkampf. — Der Weltbund zur Bekämpfung der Prostitution. Von Edmund Solal. — Die Neutralisierung der Gewerkschaften. Von A. Kuntze. (Fortsetzung.) — Riccio, ein amerikanischer Bordführer des Christlichen Kommandos. Von Ferdinand Fern. — Son der „Verdinglicht“ in der Bewegung der Unfälle. Von A. Winter. — Väterliche Rührung: Trost- und Pflanzenschild und Weltanbeter im Wandel der Zeiten. — Kojen: Anatomische Götterwelt. Von A. Kuntze. — Jewellion: Das Verbrechertum im modernen Roman. Von Professor Enrico Ferry (Rom). Autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal. (Fortsetzung)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Mineralogie. Fragen Sie in einer größeren Schulbuchhandlung danach.

B. 153. 1. Uns unbekannt. 2. Das erfahren Sie durch den Rektor der Ihnen nächst gelegenen Gemeindschule oder durch Ihren kommunalen Bezirksvorsteher.

B. 11. Sprechen Sie mit der Bezirksbehörde gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — G. G. Sie hätten sich an uns vor dem Termin wenden sollen, nachdem Sie die Klage erhalten hatten. Jetzt ist nicht mehr ohne Einwilligung Ihres Anwaltes zu erreichen. — B. B. 18. Die Kosten können soviel betragen. Auch kann alsbald gefordert werden. Durch Pfändung würden abermals überflüssige Kosten erwachsen.

Alter Abonnent 26. Um in Berlin Gedamme zu werden, meldet man sich beim Bezirksbehörden Schulz am Tempelhofer Ufer 29; Frauen aus dem Regierungsbezirk Potsdam melden sich bei ihrem Kreisbehörden. Diese erste Meldung geschieht zum Zweck der Vorbereitung und Unterweisung. Hieran haben die Frauen beim Polizeipräsidenten und die aus dem Regierungsbezirk Potsdam beim Regierungspräsidenten ein Verzeichnis zum Zwecke der Ausbildung anzubringen. Sodann erhalten Sie Bescheid, ob Sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersteren Fall zu dem Kurium einberufen, der jährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Garnison abgehalten wird. Während der Zeit ihrer Ausbildung müssen die Frauen in der Garnison wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 M. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in Preußen zur Ausbildung nicht zugelassen. Die näheren Bestimmungen über Zulassung zum Gehörnenkurs in Berlin enthalten die Bekanntmachungen vom 6. August 1883, 16. April 1884 und 11. Oktober 1887. Dieselben können Sie auf der Redaktion in der juristischen Sprechstunde einsehen.

B. R. Der Anspruch des Kindes ist nicht veräußert. Der Vater sowohl wie die Mutter können selbständig heiraten. — K. B. 194. Die Forderung müssen Sie zahlen, sie ist nicht veräußert. — Schreiber. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Welche Stellung der Unfallrentner nachher erhält, ist für die Bemessung seiner Rente in der Regel uneschädlich.

B. B. 10. Der Vorsitzende und der Verein wären schadenlos verpflichtet. — Schreiber. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Ist ein schriftlicher Vertrag geschlossen, so ist der Redner nicht berechtigt, denselben einseitig zu ändern. Liegt nur ein mündlicher Vertrag vor, so kann kein Teil auf Schadensersatz klagen, vielmehr jeder von dem Vertrag abgehen, weil es sich um einen Verträge handelt. — G. D. Wer monatlich gemietet, so kann allmonatlich bis am 15. zum 1. gekündigt werden. Andernfalls konnte nur bis zum 31. dieses Monats zum 1. Oktober gekündigt werden. — W. W. Reintendentesfrage. 1. 3e. 2. Rein.

A. Französisch-Buchholz gehört zum Bezirk des Amtsgerichts II. Berlin, Hallesches Ufer 29/31. — Fr. Das Vormundschaftsgericht hat die Kosten dem Geleg entsprechend gerordert. Vom 1. Januar 1900 wurden in diesem Fall keine Kosten zu zahlen sein, weil von da ab die Mutter die gesetzliche Vertreterin ohne Einleitung einer Vormundschaft wäre. — J. M. Rein.

M. J. 353. In solchen Redewendungen ist die Differenzierung nicht berechtigt. Es wäre aber doch etwas hart, dieselbe nun gleich ein behauptungswidriges Verfahren gegen die vorläufige Differenz zu beantragen. Solche Fragen eine ähnliche Frage gestellt werden, so antworten Sie ruhig: Das ist es nicht an, unterlassen Sie solche Bemerkungen, die schaden können und für jemand, insbesondere wenn er selbst arbeitet. — Wolke und 4 Wetende. Wolke, am 20. Oktober 1890 in Pommern geboren, hat am 24. April 1891 in Berlin. — G. B. 35. Rein. — M. W. 1900.

C. G. 1. Rein. 2. Ja, aber Sie können eine Klage abwarten. — B. M. Da Sie so verlegt sind, daß Sie ohne fremde Hilfe und Wartung nicht bestehen können, so steht Ihnen nach dem 1. Oktober 1900 ab 100 Blos, und zwar bezahlet nach dem höheren Jahresarbeitsverdienst, zu. Ferner steht Ihnen ein Anspruch auf einen Fortschritt zu. Sie thun gut, Ihren Anspruch schon jetzt zu erheben, damit möglichst bald nach dem 1. Oktober entschieden wird. Beseitigen Sie zur Bereinigung des Jahresarbeitsverdienstes mit Ihren Unfallscheinern in einer der nächsten Sprechstunden heran. — G. S. 4. Wetende. Ein Gebrauch ist nur strafbar, wenn wegen des Gebrauchs die Ehe geschieden ist.

Wahlvereine vom 18. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C.	in F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C.	in F.
Eutinende	767	SW	3	bed.	18	Paparsand	759	B	2	bed.	13
Hamburg	769	SW	3	bed.	17	Berchburg	768	B	3	bed.	19
Berlin	768	B	3	bed.	17	Sart	762	B	4	bed.	21
Frankf./M.	769	SW	4	heiter	21	Arbden	762	B	4	bed.	21
München	770	SW	4	heiter	22	Paris	769	SW	2	heiter	20
Wien	766	SW	3	bed.	22						

Weiteres Programm für Donnerstag, den 19. Juli 1900.
Nächstes Heft, am Tage etwas wärmer bei schwachen südwestlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.
Berliner Wetterdienst.

Unsere Stammmutter an der Wank, Gukas Köhler, zu seinem Geburtsstunde die besten Wünsche (senen 1903) die Stammmutter.
Unsere Vereinsmutter Gustav Köhler zu seinem Geburtsstunde die besten Wünsche. (1902) Lotterieverein Groh Schwein.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Jahrestag in Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied (42/12) Gustav Müller, auf dem Neubau Vahrenstraße 19 unerkrankt und an den Verletzungen verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes Riederstraße aus, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht die Orts-Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Richter Georg Stoppe am Dienstag (19 Uhr) verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gammans-Kirchhofes aus, statt. (1902) **Todes-Anzeige.** Nach langem schwerem Leiden verschied am 18. d. M. mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwager, der Gahmmer Gustav Waschlowski, im 51. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Waidhauerstr. 13, aus nach dem Georgenkirchhof, Vondsberger-Allee, statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 19. Juli.
Cyrenhaus. (Schloffen).
Schauspielhaus. (Schloffen).
Neues Cyren-Theater (Stoll). (Schloffen).
Kessing. Die Weisska. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Mariva. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neu. Rittmeisterin. Vorher: Kommerzienrath. Anfang 8 Uhr.
Carl Weill. Der Vogelwälder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Tochter Jerusalems. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weill. Die Anna-Lise. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Doppelgänger. Aus dem Paradies. Im Garten: Specialitäten, Vorstellung und Konzert. Anfang 6 Uhr.
Reichshallen. Wilhelmshütisches. Im Garten: Großes Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten - Vorstellung. Remond auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Village-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenküche 48/49. Abends 8 Uhr (im Theater): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Morwitz-Oper.
 Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Troubadour.
 Große Oper in 4 Akten v. W. Berlioz.
 Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Figaros Hochzeit.
 Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Postillon von Lonjumeau.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Cyclus vollständiger Vorstellungen.
Die Anna-Lise,
 des alten Deffauers Jugendliebe.
 Schauspiel in 5 Akten von H. Perle.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Die alte Vorstellung.
 Im Garten: Sommerfest des Vereins ehemal. Kameraden der Unteroffizierschulen - Theater - Konzert, Specialitäten. - Anfang 5 1/2 Uhr.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!!
Berlin nach Elb.
 Gr. Poße in glänzender Ausstattung.
 Anfang 8 Uhr.
 Die sensationellen Schläger:
Eisenbahn-Quartett! **Cordula!**
Aufzug der Parfums.
 Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elb.

Thalia-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastspiel der Orientalischen Operetten-Gesellschaft.
Die Tochter Jerusalems
 Historisch orientalische Operette in vier Aufzügen von J. Herold. Musik von Hoffmann.
 Sonnabend, 21. Juli: **Sulamith.**

Apollo-Theater.

Zum 161. Male:
Venus auf Erden.
Robert Steidl
 vom Urlaub zurück!!
Bernhard Mörbitz.
 Messter's neue Aufnahmen:
Unsre Marine
 auf dem Wege nach China.
 Anfang 8 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Lebende Photographien:
 Die Flottenparade in Kiel, Aufz. d. Panzergeschwaders nach China u. a. m.
 Der arm- und beinlose Hindu-Knabe.
 Die Hindostanerin mit dem Apfelsinenkopf.
 Tiroler-Gesellschaft „Almrausch“
 Das Sensations-Tableau: Liebesdrama im Bärenzwinger.

Schloss Weissensee.

Sonntag, den 22. Juli 1900:

Grosses Volks-Fest

arrangiert vom
VI. Berliner Wahlkreis.
 Früh, mittags und abends: **Instrumental-Konzert**
 ausgeführt von
 2 starkbesetzten Musik-Kapellen unter Leitung der Dirigenten Herren Behnfeld und Tietz.
Massen-Gesänge von ca. 500 Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes (24 Vereine) unter Leitung des Bundes-Dirigenten Herrn R. Blobel.

Von 4 Uhr nachmittags: In beiden Sälen:
Tanz
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Von 4 Uhr nachmittags bis abends:
 Vorstellung 3. Puppen- u. s. Kasperl-Theaters.
 Auf der Wiese neben dem Bal champêtre
Kinder-Belustigungen aller Art.
 Wettrennen, Topf schlagen etc. etc.
 Im herrlich gelegenen See-Theater
Auftreten sämtlicher Specialitäten
 bei freiem Entree.

Die Samariter-Kolonie hat neben dem Bal champêtre ein eigenes Verbandszelt errichtet und ist zu allen ärztlichen Hilfeleistungen bereit.
 Für hinreichende Fahrverbindung nach allen Teilen Berlins ist Sorge getragen.

Anfang des Konzerts früh 8 Uhr.
 Wir bitten die Festteilnehmer, sich beim Verlassen des Lokals eine Kontermarke geben zu lassen, da dem Coupieren das alte Billet seine Gültigkeit verliert.
 Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg
 (zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg).
 Grösstes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See.
 - Säle, Vereins- und Gesellschaftszimmer. -

Das Grossfeuer hat nur die Eiswerke zerstört, während das Vergnügungs-Etablissement (25000 Personen fassend) verschont blieb und sich nach wie vor in hohem Betrieb befindet.

Täglich: Grosses Konzert.

Jeden Sonntag: **Erstklassige Specialitäten im Variété-Theater.**
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
 4 hochelegante Kegelbahnen. — Grosser Vergnügungspark.
Grosser Tanz im neuen Bal champêtre (auch jeden Montag u. Donnerstag).
 Auftreten der vorzüglichen **Tyroler Alpensänger** im Gartensaal.
Gesamt-Entree 10 Pf. Kinder frei. Wochentags frei.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Letzte Woche!
 Ausstellung unserer neuesten Kolonie
SAMOA
 Vorher nie in Berlin gesehen:
Das Braten eines ganzen Schweins auf samonische Weise zwischen Blättern und glühenden Steinen.
 Verteilung von Kostproben an das Publikum!
 Ausserd. das ganze interessante Progr. Geöffnet von 10-12 u. 3-8 Uhr.
 Vorstellungen 11. 4. 5 1/2. 7 Uhr.
 Eintritt direkt von der Strasse (Stadtbahn-Eing.) 50 Pf., Kinder 25 Pf. vom Zoologischen Garten aus 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Schweizer-Garten.

Am Königsplatz. - Haltestelle der elektr. Ringbahn - Am Friedrichshagen.
 Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Specialitäten-Vorstellung, Ball.
„Clown Tanti“
 mit seinen dreifarbigen Ponny's, Affen und Hunden.
„Familie Patty-Frank“
 (6 Pers.) Parterre- und Luft-Akrobatik.
Hombert und Renardo,
 musikalische Eccentrics.
Catrini-Ballett, Eugen Milardo, Ella Bertini,
 7 Damen. - Moderne Karikatur - Tanz-Soubrette.
 Jeden Abend 10 Uhr:
Die lustigen Weiber von Berlin,
 ausgeführt vom Theater-Ensemble (20 Personen).
 Anfang 4 resp. 5 Uhr. **Entree 30 Fig.**

Max Kliem's Sommer-Theater

Gajenheide 13-15.
 Artistische Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Kartentisch, Blumenstand etc.
 Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Festessen.
Max Kliem.

Passage-Panopticum.

Marokkaner

(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
 Vorstellungen um 12, 5, 7 und 9 Uhr.
 Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre variéte.

Metropol-Theater.

Der Zauberer am Nil.

Aufführungs-Operette
 - **Mumien-Ballett** -
Juli-Specialitäten-Programm.
 Anf. 8 Uhr. Raucher überall gestattet.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
 Täglich: **Der wilde Jäger,**
 romant. Sage mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Hugo Schult, Musik von H. Reichen. Ballett unter Leitung der Balletmeisterin Fräulein Döring. Kostüme d. Centric-Gesellschaft. Rollen: Berch, d. Wotowau-Luerthgen, Gebr. Milardo, Tomma, Quartet, The Miltons, Reichtümer, Witt Toni Pico, erotische Trapezitänzerin, Fred und Max, Chinesen, The Greenwood, Pantomime: Die musikalische Schokolade.
 - **Konzert.** Im Saale: Ball.
 Anfang 4 Uhr. - Eintritt 30 Pf. Raum Platz 50 Pf. **Kalbe.**

Puhmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148.
 Kastanien-Allee 97-99.
 Täglich:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
 Künstler I. Ranges. - Im renovierten Saale: Großer Ball. - Anfang 4 Uhr.

Sanssouci

Im prachtvollen Natur-Garten jeden Sonntag u. Donnerstag humorist. Solos der **Norddeutschen Quartett-Sänger** Gams, Cahnbly, Noga u. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstag 8 Uhr, Entree 30 Pf. Nach der Solos: **Tanzkränzchen.** Tanz frei. Donnerstags haben Vereinbillets und Passpartouts Giltigkeit.

Feldschlößchen

Inh.: Fritz Nagel,
 Müllerstraße Nr. 142.
 Täglich: **Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**
 Entree frei.
 Sonntags: **Gr. Extra-Vorstellung** und Ball. Entree 20 Pf.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im Englischen Hof, Neue Ross-Strasse 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren. 2. Wahl eines Revisors. 3. Schlußangelegenheiten. 4. Verschiedenes. - **Mitgliedsbuch legitimiert.** - Beiträge werden entgegengenommen. - Die Bibliothek ist während der Ferienzeit jeden **Donnerstag** von 8-9 Uhr abends geöffnet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, den 20. Juli, abends 6 Uhr, im Restaurant Steinke, Zabigh-Platz (Stadtbahnhof):
Kommissions-Sitzung der Parkettbodenleger
 mit den Vertrauensleuten.
 Alle Firmen müssen vertreten sein. 105/1

Achtung, Dekatoure!

Freitag, den 20. Juli, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 im Lokal des Herrn Jannasch, Jasekstraße 10.
 Tages-Ordnung: 1. Der Ausschuss bei der Firma J. D. G. 2. Berichtedes. 58/4
 Die jetzigen Arbeiter bei der Firma G. sind hiermit besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Maler und Berufsgenossen. Achtung!

Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokal des Herrn Nümann, Brunnenstr. 188:
General-Versammlung
 der Gewerkschaft der Maler u. Berufsgenossen für Berlin und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl der gesamten Verwaltung. 2. Berichtedes. 125/4
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Einberufer.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr
Oeffentliche Versammlung
 bei Schulz, Grenadierstr. 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Stand unserer Lohnbewegung. 2. Der Säulenanschlag der Arbeitgeber. Die Kommission. 56/14

Achtung! Köpenick. Arbeiter-Radfahrer. Achtung!

Sonntag, den 22. d. M., nachmittags, im Lokal von Karl Nelke (N. d. B. S.), Grünauerstr. 31
Geselliges Beisammensein.
 Hierzu sind alle Radler des Bundes „Solidarität“ freundlichst eingeladen. Um recht zahlreichen Besuch bittet der A.R.B. „Biel.“ 27/7
 J. K.: W. Vogel.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
 Anfang:
 Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Vorverkauf 40 Pf.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
 Täglich im Garten:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung
Neu! Neu! Neu!
Neite Matrosen.
 Poße mit Gesang von Vinderer. Musik von Steffen.
Der Herzogsführer.
 Operette in einem Akt von V. Clu. Musik von S. Holländer.
 Im Saal: **Ball.**

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nöberdorfer Straße 71
 am Röttmer Platz.
 Täglich **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
 Kinder 10 Pf. Spermig Nachzahl. 20 Pf.
 Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
 Kinder 10 Pf. Spermig Nachzahl. 10 Pf.
 Hermann Imbs, Direktor.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
 Im Garten oder Saal
 Täglich:
Norddeutsche Sänger
 (Häbmann, Fork, Walde.)
 Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.
 Entree 10 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
 Familien-Billets 3 Stück 1 R.
 Bonus nur in der Woche gültig.
 Sonntag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.

Hans Kayser

[50380*]
 Riechholzstraße, Platz 2
 (Wärtiger Bahn).
 Billige Belegquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Orts-Frankenkasse

der Gastwirte u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
Ausserordentliche Generalversammlung
 der gewählten Vertreter der Orts-Frankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe am Freitag, den 27. Juli 1900, Nachm. präzis 3 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Nümann, Brunnenstr. 188.
 Tages-Ordnung:
 1. Umriemung neuer Räume für das Kassenlokal.
 2. Anstellung eines Arztes im Norden, an Stelle des verstorbenen Kassenarztes Herrn Sanitätsrat Dr. Blod vom 1. Oktober 1900 ab.
 3. Bezeichnung der Jahres-Versammlung des Central-Verbandes der Orts-Frankenkassen im deutschen Reich in Nürnberg.
 4. Mittelung des Vorstandes über allgemeine wichtige Kassen-Angelegenheiten.
 5. Vorliegende Anträge und allgemeine Besprechung.
 Berlin, den 16. Juli 1900.
Der Vorstand. [272/14]
 Poppe, Kraushaar, Schriftführer.

Kranke- und Sterbefälle

aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg u. Berlin (eingetr. H. 115/132).
General-Versammlung
 Sonntag, 29. Juli, vorm. 10 Uhr im Saale v. Obst, Grenadierstr. 110
 Tages-Ordnung:
 1. Halbjährlicher Kassenbericht.
 2. Bericht des Vorstands über die Tätigkeit vom Jahre 1899.
 3. Bericht des Kassenvorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht
Der Vorstand. 268/17*

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3.
 7 Stadtbahnhöfen.
 Großer Naturgarten.
 Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. internationale Konzerte
 von sämtlichen **Gesangs-Würtel-Kapellen.**
Entree frei.
 Von 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.
Cigarrenhändler
 offerierte besonders preiswert meine 3 Specialmarken. Agenten gei. Eugen Braun, Wehlheiden Kassel. 50920*

Inventur sämtlicher Lager

Nach beendeter bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft:

Stroh Hüte. Ca. 21000 Meter Waschstoffe. Strümpfe.

Warenhaus Wilhelm Stein,

BERLIN N., Chausseestraße 66.

Arbeiter Berlins!

Von den Hirschenwälder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter festgesetzt: H. Sporn, Dietrich (Hansisch Nachf.), K. Weigel, R. Klähre, W. Enigk, O. Wessly, R. Reinike, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Hurras, R. Bär, Reinhold Kaiser, Karl Uhlisch, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Püschel. Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter. Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

Die Aktien-Brauerei Hohen-Schönhausen

braut als Ersatz für die theuren Biere, welche die Pilsener Brauereien in Deutschland in den Handel bringen, seit geraumer Zeit unter dem patentamtlich geschützten Namen:

Säcular-Bier

ein helles, den Pilsener Bieren ähnliches und gleichwertiges, aus feinsten mährischer Gerste und bestem Saazer Hopfen hergestelltes Bier, das vermöge seines feinen Geschmacks und seiner guten Bekömmlichkeit sich die Gunst des Biertrinkenden Publikums in bester Masse erworben hat. — Die Brauerei verkauft das Bier in geachteten Gebinden und berechnet dasselbe ohne jede Nebenspesen mit

16 Pfennigen per Liter.

Um geneigten Zuspruch seitens der Herren Restaurateure bittet Hochachtungsvoll Die Direktion.

6137L

Sehenke 100 Mk. Mötung Lijcher! Günstig! Modern eingerichtete Möbelfabrik, rentable, 15 Bänke, soll in Genossenschaft umgewandelt werden, behufs Vergrößerung. Kaufmann mit 7000 Mark vorhanden. Herren mit 800 bis 1000 Mark wollen Ihre Adresse niederlegen unter O. P. 19, Postamt Andreasstraße. [11676]

Schultze, Wasserthorstr. 1/2, 1. Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berührung. 3973L. Sprechstunden 9-12 u. 5-9. Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde. Bei Verschlimmung der Verbandskrise 10 Proz.

Möbelstoffe!! auch Reste! alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf! Moqueté - Plüsch 5,35 M. per Meter (130 cm breit). [48612] Muster b. näherer Angabe franco. Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Bettfedernreinigung elektrischer Betrieb, Grüner Weg 3. [49308] Hauschild & Kettnitz.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprochstr. 9-7.

Arbeits-Bekleidung für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Rombitorer, Seifeure. En gros - Detail. 5001L. **D. Wurzel & Co.,** Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Künstl. Zähne von 3 R. an, vorzüglich. Zähne plombieren schmerzlos. Schmerzloses Zahnziehen. Goldstein, Oranienstr. 123.

Eberts Klub-Haus. 72. Kommandantenstr. 72. Säle mit Bühne an Sonnabenden und Sonntagen noch frei.

Rixdorfs Vereinsbrauerei! Wo ist der schönste Garten? In Rixdorfs Vereinsbrauerei! Freiluftkonzerte, Kaffeeküche, Kegelbahnen u. Martin-Berndt, Waldwirt.

Heilung aller Haut-, Horn-, Blasenleiden ohne Berührung. 31jährige Erfahrung. Harder senior, Elsassstr. 20. Sprechst. 9-1 u. 5-8. Sonnt. 9-2. [8473]

Chronische Leiden jeder Art ohne Berührung. Institut Jost, Chausseestr. 17, I. 1. 9-2, 5-9, Sonntags 9-7. * **Arbeitsern 20 Proz. Ermäßigung.**

Schlackwurst a 3 St. 110 Pf. a 3 St. 85 Pf. Schinken, prima hart 95 Pf. Heilige Schmalz, prima, mager 65 Pf. bei 5 Pf. 62 Pf. Speck, fett 55 Pf. Landjährlinge, echt, ohne 90 Pf. J. Striepling, Köpplerstr. 163. 2. Gleichstr. Invalidenstr. 117.

Laabs Elsassstr. 39. Behandl. aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Verbandskrise Ermäßigung.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigebüroen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Betten, Stempdecken, Spottbillig Feinhaus Reanderstraße 6.
Remontoirröhren, goldene, Regulatorn, Spottbillig Feinhaus Reanderstraße 6. 25/12.
Teppiche, Gardinen, Spottbillig Feinhaus Reanderstraße 6.
Mauer! Holzbohlen, auch ganze Tafeln, stets vorrätig. Holz-Bohlen, 61, nur Potsdamerstraße 61. Bitte einschneiden. 15448.
Großes Lager von Berliner Rauer, einleiten sowie auch Schraubern in jeder Größe für Bauhandwerker hält ein Voger Kitzner, Götterstraße 63. [72]
Rußbaummöbel, ganze Betten, Spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 12A, I. links. 7141
Möbelverkauf, neue und gebrauchte, auch Teilzahlung, Kömer, Sedowstraße 61. 18448
Taschenbullen billig Galt, Weinbergsweg 13b. 9188
Fahrräder, erstklassig, zu Engrospreisen (auch Teilzahlung), Rüter-Lager, Kommandantenstraße 45 I. *
Salbrenner 155 Mark, Tourenmaschine 125 Mark, Damenrad 130 Mark, Laufband 10 Mark, jedes ein Jahr Garantie. Rüter, O., Straußbergstraße 24. [73]
Malztrabber, Malztrabber, für Plintarne, Bunttrabber, Schwachfische, Gewichtsmessung, bessere Geschäfte, überaus billig, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 effusive. Richt Maßanzahl, Qualität entscheidet. Postfach 117. Brunnenstraße 152. [8478]
Milchgeschäft mit Rolle verkauft Kügel, Müllerstr. 163a. 11788

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung Lager vierhundert Maschinen, Behälter, 18 Pfund, Strohkörner, Kurus, Damenräder, Spielzeug, Kinderräder, Kinderschwaben, direkt aus Fabrik, Imperial, Döhner, badstraße 33. [2408]
Vergas-Zweihenener verkauft oberläufig mit erstklassigen Bahnen, Dadoon, Pantow, Laner, Friedrichstraße 71. [19508]
Mansopon, gutes, verkauft billig Thormann, Danzigerstraße 90. 731
Wegen Uebernahme größerer Restauration verkaufte gangbare Schankwirtschaft, Goldenstraße 33, Schöneberg. [1105]
Altes Particolar, Restauration mit Garten, Vereinszimmer, belegt mit Kranzleihen und Vereinen, an Vorlesungsausschuss zu verkaufen. Näheres Schilling und Wagnersstraße 10 (Definitiv). Carl Köppler.
Sofa, schön, Chaiselongue, wenig gebraucht billig, Gieselerstraße 33, part. rechts.
Damenrad zu verkaufen, Alexan- drinestr. 79, Plattenhof. [49728]

Vermischte Anzeigen.

Rechtshand erstellt Stadt, Kupferstraße 41. [770]
Elektroschiff, Jacht, alle Instrumente 24. Neuer Abendkurs zur Ausbildung zum Elektromonteur in Theorie und Praxis nach bewährter Methode beginnt 17. Juli. Fortschritte nicht erforderlich. Anmeldeung täglich, auch Sonntags, 2078.
Photographie, 8 Bött und 1 Kabinett, 2 Mark 50 Pfennig. Kinder- und Familiengruppen, sechs Personen, gleiche Preise. C. Hertig, Schönhauser-Wee 148. 750

Violin, Klavier, Bass, Cello Unterricht monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.

Buchbinderei jeder Art fertigt Ferdinand Reinert, W. Wilhelmstraße 58, 2. Hof parterre. 23878

Uhrer repariert Wilhelm Müller, Uhrmacher, Potsdamerstraße 45. [144]

Fahrrad - Reparaturen fertigt Zimmer, Andreasstraße 70. 14788

Führen jeder Art sehr billig Otto Daniel, Hedemannstr. 2, Roblenhaublung. 9828

Privat - Mittagstisch, Herren 40, Damen 35 Pfennig, Oranienstr. 178, 1.

Zaaf und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Kurfürststraße 10. [2008]

Vereinszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntags, zu vergeben. Gold, Große Frankfurterstraße 133. [100]

Vereinszimmer empfiehlt Alie Jakobstraße 110. [288K]

Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Papiere, Steglitzerstraße 65. [1908]

Großes Vereinszimmer zu vergeben. Sander, Köpenickerstraße 158.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stahlstecher bittet um Arbeit. Stühle werden gut gelichtet, dieselben werden abgeholt und zurück geliefert. Gläser, Kuldsstraße 27. *

Stellenangebote.

2 Dachdecker werden verlangt, die auch im Winter arbeiten können. B. Petruschke, Fischerstraße 17. [19338]

Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen verlangt Schmidt, Langebrunnstraße 91. [19588]

Korbmachergehilfen auf Wunsch gesucht. Güter, Köpenickerstraße 114, Quergebäude, 1 Treppen. [19578]

Korbmacher auf bessere Volturleuten verlangt A. Biechardt, Steglitzerstraße 18. [19048]

Vergoldet, tüchtiger, erfahrener Werkführer für nur gute Fabrikation gesucht. Gehalt nach Leistung, 40 bis 45 Mark. Bisherige Tätigkeit bitte anzugeben. Offerte X 6, Postexpedition dieses Blattes. [19558]

Rügel, tüchtigen, Knäppel, Reichen-bergerstraße 52. [19688]

Tüchtiger Heizungsmeister bei hohem Gehalt und dauernder Beschäftigung gesucht. Offerten unter Buchst. W 5 an die Haupt-Expedition des „Vorwärts“. [19508]

Einiger werden verlangt in Steglitz, Plattenhofstraße 2. [19348]

Kartonnierinnen, grübe, ver- langt Anders Radolger, Adolferstraße 7. [19008]

Wanfels auf Jadedits außer dem Hause (Preis 1,80 bis 2 Mark) verlangt Sobotta, Döbberstraße 31. [7]

100 Jadedits-Arbeiterinnen verlangt Kriewe, Rauerstraße 21, Kornbörnerstraße 21 und Gerichstraße 31 bei Kramer. [18428]

Werkre grübe Maschinenrumpf-Heizerinnen im Reparatoren Gewandert können Beschäftigung finden. Vor Zeall, Altengemeinschaft, 5 Köpenicker Platz. [19618]

Kartonnagen-Arbeiterinnen finden lohnende Beschäftigung bei Paul u. Birmer, Kommandantenstr. 18. [19358]

Kumpf und Jadedits-Arbeiterinnen verlangt Vambrecht, Schlemmerstraße 28. [19348]

In Arbeitsmarkt durch befandenen Druck hervorgehobene Anzeigen folgen 10 Pf. pro Zeile

Tüchtigen Monteur auf Brückenwagen verlangt H. Bockhacker, N. Müllerstr. 179. [284]

Wenige Gelehrten auf Goldleisten finden dauernde Beschäftigung bei Werkmeister, Brunnenstraße 194.

Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker!

Die Herren Gölitz-Clasen, Bendix Söhne, die Weissensoer Holzbearbeitungs-Fabrik, Gewerkschaft mit demer, Antipolida Passauer Parkett-Fussboden-Fabrik (Berliner Köhlfeld, Pieck, Reiterer Schüttel) sind gesperrt! Die Kommission. 909

Lokales.

Lokaliste. Die Arbeiter der Werkzeug-Fabrik „Alexandertwerk“, Neue Jacobstraße 6, veranstalten am Sonnabend, den 21. d. Mis., eine Dampferpartie nach Raasdorf nach Potsdam. Es sei bemerkt, daß dieses Lokal für die Arbeiterchaft gesperrt ist.

Die Lokalkommission.

2. Wahlkreis. Das diesjährige Sommerfest (Konzert, Spezialitäten, Theater, Tanz und Feuerwerk) findet am nächsten Sonnabend, den 21. d. M., in der „Neuen Welt“, Hofenstraße, statt. Regen-Besuch erwarten.
Die Vertrauensleute.

3. Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 22. Juli, einen Familien-Ausflug nach Werder bei Köpenick. Abfahrt vormittags 10 Uhr, vom Schleißchen Bahnhof. Regen-Teilnahme erwartet.
Der Vorstand.

5. Wahlkreis. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Alten Schützenhaus, Linsenstraße, eine Vereinsversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Zubeil über das Thema: „Aus dem Reiche des Herrn Zhelein, referieren wird. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß der 6. Wahlkreis am Sonntag, den 22. Juli, sein Sommerfest im Schloß Weichensee feiert. Bei der Reichhaltigkeit des Programms und dem niedrigen Entree von 20 Pf. ist wohl auf eine rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen zu hoffen, zumal für Bequemlichkeit und Amüsement, wie ja von den vorhergehenden Sommerfesten des 6. Kreises bekannt sein dürfte, alles geistig ist. (Siehe Annonce.)

Eine Qual für die Omnibusfahrer sind bei der herrschenden Hitze die schweren Lederhüte, welche die Leute vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf dem Kopf tragen müssen. Dazu kommt noch, daß die Straßen, welche die Omnibusse durchfahren, gerade zur Mittagszeit und in den ersten Nachmittagsstunden völlig ohne Schatten sind, so daß die fahrenden Sommerstrahlen während der ganzen Fahrt unausgesetzt die Köpfe der vielfach schon in vorgeführten Jahren stehenden Autofahrer treffen. Es wäre daher sehr angebracht, wenn die Omnibusfahrer gleich den Fahrern der Straßenbahnwagen, wenigstens im Sommer, eine leichte Mütze tragen würden.

In jedem Jahre ist von uns auf diesen Uebelstand hingewiesen, ohne daß die Omnibusgesellschaft diesen berechtigten Wünschen nachzukommen wäre. Wenn nur das geringste Empfinden für eine humane Behandlung der Angestellten bei dieser Gesellschaft vorhanden wäre, dann würde auch die Arbeitszeit der Autofahrer und Schaffner bei der großen Hitze eingeschränkt. Auf das Pferde-material muß man Rücksicht nehmen und der Wechsel tritt an den heißen Tagen viel häufiger ein; der Autofahrer aber muß bei dem glühenden Sonnenbrand mit seinem bis oben zugeknöpften Anzug ohne Ausnahme, ohne Unterbrechung den Dienst versehen. Das Menschenmaterial ist eben billiger als der Pferdebestand.

Der Hauptjahres-Abschluß der Stadt-Hauptkasse Berlin für das Geschäftsjahr 1899, der jedoch fertiggestellt ist, ergibt ein rechnungsmäßiges Soll in Einnahme 127 331 501,05 M., in Ausgabe 119 049 088,67 M. und nach Abzug der darin enthaltenen Reste aus den Vorjahren 115 008 721,20 M., in Einnahmen und 107 621 218,82 M. in Ausgabe, so daß ein Ueberschuß verbleibt von 7 382 502,38 M., gegenüber dem Geschäftsjahre 1898 mit 7 343 464,46 M., 1899 daher weniger 460 962,08 M. Der Ueberschuß für 1899 setzt sich wie folgt zusammen: A. Mehrerträge lieferten: die Gemeindegeldsteuer 326 471 M., die Gewerbesteuer 114 652 M., die Gemeindegeldsteuer 1 117 778 M., die Hundesteuer 40 446 M., der Branntwein-Bezug 5984 M., die Umlagesteuer 367 744 M., die verschiedenen Einnahmen 303 607 M., zusammen 2 398 682 M., weniger dagegen die Kämmerei-Verwaltung (wegen der außerordentlichen Kosten der Ausbaggerung des Schifferdecks) 125 019 M., die Betriebssteuer 2700 M., die Wandertafelsteuer 50 M., zusammen 127 709 M., so daß nach Abzug dieses Betrags von obigen Mehr-Erträgen noch 2 210 913 M. (einschließlich 1 970 925 M. bei der Steuerverwaltung — gegenüber einem Etatlosh von 56 Millionen Mark) als Mehr-Ueberschuß verbleiben. B. An Zuschüssen erforderten weniger: die Schuldenverwaltung 461 804 M., die Untersuchungsverwaltung 277 783 M., die Kranken- und die Gesundheitspflege 142 508 M., die Park- und Gartenverwaltung 16 556 M., Unterhaltung 368 299 M., Polizeiverwaltung 38 668 M., die Friedhöfe und Civil-Standesämter 14 264 M., die verschiedenen Ausgaben 859 523 M., zusammen 2 178 900 M.; Mehr-Zuschüsse: die Armenverwaltung 99 693 M., die Verwaltungskosten 144 556 M., die Straßenaufsicht 49 609 M., zusammen 740 858 M. Als wirklicher Ueberschuß verbleiben somit 1 438 132 M. Der wirkliche Mehrertrag beträgt 2 210 913 M. Beim eigenen Stadthaus-Etat (d. h. ohne Werk), ergibt sich daher ein Mehrertrag von 3 649 045 M. Von den städtischen Werken haben Mehrerträge geliefert: die Gaswerke 2 048 163 M., die Wasserwerke 302 082 M., der Vieh- und Schlachtstall 342 420 M., dagegen hat die Kanalisationverwaltung weniger Zuschuß erfordert 350 792 M. Das Gesamtresultat der städtischen Werke hat sich somit um 3 738 457 M. günstiger gestaltet als der Etat annahm. Daher der oben angegebene Ueberschuß für 1899 = 7 382 502 M.

Der Chamisso-Garten hinter dem Hause Friedrichstr. 275, dessen Hofstadt das Medaillonbild des Dichters schmückt, ist jetzt, nachdem dieser Lage der Pfeiferische Biergarten beseitigt worden ist, allein noch von den vielen großen Gärten übriggeblieben, die sich früher fast hinter jedem Hause der oberen Friedrichstraße zwischen der Puttkamerstraße und dem Velle-Blanc-Platz hinzogen. Bekanntlich hat Chamisso in dem Vorderhause 235 Jahre hindurch bis zu seinem im Jahre 1831 erfolgten Tode gewohnt und sich mit Vorliebe in dem schönen auf dem weiten Hinterlande befindlichen Garten aufgehalten, dessen vorderer Teil jetzt als Turuplatz für die Föhlische einer im Hause befindlichen höheren Mädchenschule benutzt wird, während die andere größere Hälfte in eine Radfahr-Lehrbahn umgewandelt worden ist. Trotzdem hat man den schönen Baumbestand des Gartens, dessen Boden allerdings dünnen, wie das zu den Zeiten Chamisso der Fall war, nicht mehr zieren, so viel wie möglich erhalten und auf der Lebtage die starken Stämme der noch sieben gebliebenen schönen Lindenbäume durch dicke Koller vor jeder Beschädigung geschützt. Noch völlig in seiner ursprünglichen Form oder besetzt das alte, in Charakteristischem Stil errichtete und von zwei riesigen Kastaniendämmen flankierte Gartentorchen, in welchem Chamisso so manches seiner Gedichte verfaßt hat, und das noch jetzt im Sommer häufig besucht wird. In dem Garten ist auch der Epheu von der eigenen Hand des Dichters gezogen worden, der nach dessen letztwilliger Verfügung später seinen jetzt halbverfallenen Grabhügel auf dem alten Jerusalem Kirchhof an der Velle-Blanc-Platz umspannend und noch heute unspinnend.

Der Wasserverbrauch in Berlin erreicht in Zeiten großer Hitze, wie wir sie in den letzten Tagen gehabt haben, eine Höhe, die sehr weit über das gewöhnliche Maß hinausgeht. Gegenwärtig fördern die städtischen Wasserwerke im Jahre über 50 Millionen Kubikmeter Wasser. Rund vier Fünftel davon werden gegen Zahlung an Privatnehmer geliefert, der Rest wird zu öffentlichen Zwecken (Straßenbesprengung usw.) verwendet. Der gesamte Verbrauch, das wenigstens für öffentliche Zwecke gelieferte Wasser eingerechnet, beträgt nach den Berechnungen der Verwaltung der Wasserwerke täglich nicht viel weniger als 80 Liter pro Kopf der Berliner Bevölkerung, wobei allerdings auch das einigen Vororten gelieferte Wasser als von Berlin mitverbraucht angesehen wird.

An den Tagen des höchsten Verbrauchs pflegt die Wassermenge pro Kopf und Tag auf rund 190 Liter zu steigen, während sie andererseits an den Tagen des niedrigsten Verbrauchs manchmal fast bis auf 50 Liter herabgeht. Die Tage des höchsten Verbrauchs sind stets sehr heiße Tage und meist die heißesten des ganzen Jahres. Eine zusammenhängende Reihe von ungewöhnlich heißen Tagen stellt an die Leistungsfähigkeit der städtischen Wasserwerke sehr hohe Anforderungen.

Vom Werderschen Obstmarkt. Trotz der sehr reichlichen Ernte — das Ertragnis dürfte ungefähr doppelt so groß sein, wie im vorigen Jahre — stellen die Werderschen Obstbändler dieses Jahr sehr hohe Preisforderungen. Während in den vergangenen Jahren im Großhandel 50 Kilo Himbeeren mit 18—20 M. bezahlt wurden, verlangen die „Werderschen“ dieses Jahr 25 Mark. Die Berliner Fruchthändler weigerten sich ganz entschieden, diesen hohen Preis zu bezahlen, so daß große Quantitäten Obst nach Werder zurücktransportiert werden müssen, was noch nie vorgekommen ist, so lange die Verkaufs-Genossenschaft besteht. Die hohen Forderungen der Werderschen Obstbändler sind ihre Erklärung in dem Umstand, daß sich dieses Jahr eine außerordentlich große Anzahl Einkäufer aus allen Gegenden in Werder aufhält; diese Einkäufer erwerben große Posten Obst zu sehr hohen Preisen. Dadurch wird natürlich die Konkurrenz auf dem Markt verringert und die Preise werden hoch gedrückt. Die Posten, die durch den Streik der Berliner Fruchthändler hier nicht abgesetzt werden konnten, wurden sofort von fremden Einkäufern an sich gebracht.

Das neue Gerichtsgebäude an der Gruner- und der Neuen Friedstraße wird noch während der Gedächtnistage bezogen werden. Die innere Einrichtung ist fast vollendet. In derselben wird mit voller Kraft gearbeitet, um bis Ende August alles fertig zu stellen, denn am 3. September beginnt das Landgericht I seinen Umzug von der Lindenstraße nach dem neuen Justizpalaste. Sobald der Umzug vollendet ist, fällt das historische Gebäude in der Lindenstraße der Spitzhacke anheim, um durch einen modernen Neubau ersetzt zu werden.

Einer Alkoholvergiftung erlegen ist die 60 Jahre alte Almoientempferin Witwe Feuler aus der Polzingerstraße 38. Die Frau trauert sehr stark. In der Nacht zum Dienstag tobte sie in ihrer Kellerräumung herum. Gestern Morgen um 8 Uhr fand eine kleine Eskala sie tot auf einem Stuhle sitzen. Vor ihr standen drei geleerte Flaschen.

Den Tod im Wasser suchte am Dienstagmorgen ein Fräulein von Audersfeld, das seit zwei Tagen vermisst wurde. Die junge Dame, die etwa 20 Jahre zählt und bei ihrer verwitweten Mutter, der Baronin von Audersfeld in der Posenerstr. 47 wohnt, wurde von mehreren Herren im Grunewaldsee zwischen Griebshorn und Hundeshöhe freibadend aufgefunden, gelandet und benutzlos mit einer Droschke nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, die sie später ihrer Mutter wieder zuführte. Die Lebensmüde muß noch das Bett hüten, ist aber außer Gefahr. Die Veranlassung zu dem Selbstmordversuche soll unglückliche Liebe sein.

Ein unbekanntes Mädchen wurde gestern an der Gertelstraße als Leiche aus dem Landwehrkanal gefischt und nach dem Schauhaus gebracht. Die Entretene ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, schlank und mittelgroß, hat schwarzes Haar, dunkelbraune Augen und ein längliches Gesicht und trug eine weiße Bluse, einen grauen Rock, einen grauen und einen braunen Unterrock, schwarze Strümpfe und Knöpfstiefel. Das weiße Gewand ist T. W., das Taschentuch Karoline Nr. 4 gezeichnet. Bei der Leiche, die am nächsten höchsten einige Tage im Wasser gelegen hat, fand man einen goldenen Ring, der einen Stein enthalten hat, ein Paar goldene Ohrringe, ein grünes leeres Portemonnaie und eine Karte des Jacobischen Warenhauses in der Willmerdorferstr. 56 zu Charlottenburg. Diese gelbe Karte trägt die Nummer 14306 vom 1. 2. 00 und ist eine Quittung über Photographien.

Im Schlaf zum Fenster hinausgehört. Der Kobolter Holz, Neue Königsstr. 19 wohnt, lebte in der Nacht zum Mittwoch gegen 12 Uhr heim. Da im Zimmer eine erdrückende Hitze herrschte, legte sich Herr H. an das offene Fenster seines nach dem Hof zu gelegenen Schlafzimmers und von Mädelkeit überwältigt schlummerte er ein. Hierbei war der Körper des Herrn H. auf das Fensterbrett herabgefallen, er verlor das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Das Auffallen des schweren Körpers auf den gepflasterten Hof und das Stöhnen des Schwerbelagten alarmierte die Hausbewohner, die Herrn H. in einer Blutlache liegend voranden und ärztliche Hilfe herbeiholten. Der Kobolter hatte eine schwere Verletzung am Kopf und Drücke an beiden Seiten erlitten. Er verblieb, da Lebensgefahr nicht vorlag, in seiner Wohnung.

In seiner eignen Droschke erschloß sich in der Nacht zum Mittwoch im Tiergarten der 19 Jahre alte Droschkentischer Wilhelm Deiter, der einzige Sohn einer Witwe aus der Krebsstr. 32. Der junge Mann war früher in Postereien beschäftigt und seit Pfingsten Autofahrer bei einem Schöneberger Fuhrmann. Borgefährte hatte er den ganzen Tag über wenig verdient. Darüber klagte er, als er um 9 Uhr abends bei seiner Mutter das Abendbrot aß. Da er am Tage sein Glück gehabt hatte, so wollte er es noch einmal in der Nacht versuchen und blieb daher im Dienst. Heute morgen in früherer Stunde erschloß er sich auf der Charlottenburger Chaussee in seinem Wagen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Was den jungen Mann zu dem Selbstmord veranlaßt hat, weiß man noch nicht.

Von einem Bierwagen toterfahren wurde vorgestern mittag der 5 Jahre alte Sohn Paul des Wüsterer Neumann aus der Antonstraße 24. Der Knabe tummelte sich mit mehreren andern auf dem Straßendamm in der Nähe der ersten Wohnung und achtete im Eifer des Spielens nicht auf das, was um ihn herum vorging. So sah er auch einen Bierwagen der Brauerei Bickelhoff nicht und hörte nicht auf die Zurufe des Autikers. Bevor dieser die Pferde zum Stehen bringen konnte, waren die Räder über den Knaben hinweggegangen. Schwer verletzt wurde er nach der Unfallstation VI in der Lindenerstraße gebracht, wo er bald unter den Händen der Ärzte verschied. — Ein zweites Opfer forderte der Straßenverkehr in der Rotenstraße. Dort geriet eine 69jährige Greisin Frau Willenberg aus der Lutherstr. 27 unter einen Straßenwagen. Ein Rad quetschte ihr die linke Hand fast ganz ab, ein andres zerquetschte ihr den rechten Unterschenkel, während das linke Bein, auf dem die Frau lag, unverletzt blieb. Die Verunglückte wurde durch die Schöneberger Rettungswache nach dem Roobitzer Krankenhaus gebracht.

Unter dem Verdacht des Kindesmords ist das 23 Jahre alte Dienstmädchen Veronika Stündgen, das in der Potsdamerstraße 14 in Stellung war, verhaftet worden. Das Mädchen wird beschuldigt, ein Töchterlein, das es in der vergangenen Nacht zur Welt brachte, unmittelbar nach der Geburt getötet zu haben. Es wurde einstweilen als Polizeigeisung nach der Charité gebracht.

Ein rätselhafter Vorgang beschäftigt die Behörden. In der Nacht zum Montag haben kurz vor Mitternacht Straßenräuber und ein Schutzmann gegenüber dem Hause Kottbuser Ufer 44 einen Mann im Landwehrkanal treiben, der sich kaum noch rührte und dem Tode nahe war. Er war augenscheinlich schon mehrmals untergegangen und wieder aufgetaucht. Es gelang, den Mann mit dem Rettungsschiff ans Land zu bringen. Da immer noch Leben in ihm war, so führte man ihn mittels einer Droschke dem Krankenhaus am Urban zu. Hier starb er jedoch noch in derselben Nacht, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Man weiß daher auch nicht, wie er in das Wasser geraten war. Die Persönlichkeit des Ertrunkenen, dessen Leiche nach dem Schauhaus gebracht

wurde, konnte noch nicht festgestellt werden. Er ist ein Mann von etwa 50 bis 55 Jahren, anscheinend ein Arbeiter, und 1,80 Meter groß, hat schon etwas ergrautes Haar mit starker Glatze, einen schmutzigen, grauen Blick und an den unteren Augenlidern ist eine linienartige Warze. Bekleidet war er mit einem hellgrauen, rot karierten Jackett, einer blaugrauen Stoffhose, schwarzer Weste, dunkelgestreiftem Halbtuch, Strümpfen mit dem Zeichen A. R. und Zugschuhen.

Vom Hirschschlag getroffen wurde gestern Nachmittag ein Arbeiter Julius Hirsch auf dem Bau am Kupfergraben. Ein Koppfaher Rettungswagen brachte ihn nach der Charité. Nur dem Namen weiß man von dem Kranken nichts, da er noch nicht im Stande ist, über seine Verhältnisse Auskunft zu geben.

Straßenperrung. Die Straße am Festungsgraben, von der Südfront des Opernhauses bis zur Straße Unter den Linden, sowie auf der Nordseite des Playes am Opernhaus von der Straße Unter den Linden bis zum östlichen Flügel des Universitätsgebäudes wird wegen Asphaltierung von morgen ab bis auf Weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Die tropische Hitze der letzten Tage drückte vielfach den Rauch in den Gassen nieder, wodurch ertümliche Feuerbestrafung hervorgerufen wurde, was dann in vielen Fällen zu nutzlosen Alarmierungen der Feuerwehre führte. Diese Hitze begünstigt auch die Selbstentzündung von Pechhölzen. Brände dieser Art waren Teltowerstraße 21, Grünauerstraße 15, Kronenstraße 54 und 58 abzuschließen. Hornstraße 18, Weinstr. 20b und Kylesstr. 45 erfolgten keine Zimmerbrände, die Betten und Möbel beschädigten. Bei einem Brande eines Hängesockens in der Gneisenaustraße 98 erlitt die Wohnungsinhaberin Brandwunden an den Händen. Kleinere Brände, die fast alle ohne Zutun der Feuerwehre beseitigt werden konnten, wurden noch gemeldet aus: Lüneburgerstraße 13, Graudenzerstraße 8, Sebastianstraße 18, Greifswalderstraße 21 und Dresdenstraße 16.

Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen von Rixdorf! Die Wählerlisten zur Stadterordnetenwahl liegen in der Zeit vom 15. Juli bis einschließlich 30. Juli d. J. an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 8 bis 10 Uhr vormittags im Rathaus, Berlinerstr. 63, I, Zimmer 38, zur Einsicht öffentlich aus.

Am jedem Wähler der 3. Klasse Gelegenheit zu geben, sich zu äußern, ob sein Name in die Liste eingetragen ist, wird vom nächsten Sonntag ab in jedem der 16 Wahlbezirke eine Liste aufgelegt werden. Die Namen derjenigen Genossen, wo die Listen einzusehen sind, werden in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“ bekannt gegeben. Jeder Parteigenosse sollte sich bemühen, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Wer jetzt nicht eingetragen ist, kann bei der in diesem Jahr stattfindenden Erjwahl von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch machen.

Aldershof. Heute abend 8 1/2 Uhr spricht im sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsverein bei Edmann, Bismarckstr. 16, Genosse Grempe über „Müllverbrennung“. Gäste haben Zutritt.

Arbeiter-Mittd. Der Maurer Lorenz, welcher auf einem Neubau in der Zehnstraße zu Brich beschäftigt war, hatte das Unglück, aus beträchtlicher Höhe abzufallen, wobei er lebensgefährliche Verletzungen davontrug. In hoffnungslosem Zustand wurde er nach der Rixdorfer Krankenanstalt gebracht.

Von seinem leeren Arbeitsfuhrwerk überfahren wurde in der Eitstraße in Rixdorf der Arbeiter Fernstadt aus Berlin. Schwerverletzt wurde er nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Charlottenburg. Wie eine Lokal-Korrespondenz meldet, ist die Tiefbauverwaltung zur Zeit mit geeigneten Maßnahmen beschäftigt, um bei der bevorstehenden Anlage von Umpfahler Bahnhöfen gleichzeitig unterirdische Bedürfnisanstalten zu errichten. In London sind solche Anstalten bereits seit Jahren in Gebrauch und haben sich aufs beste bewährt.

In wenigen Wochen soll das große Siechen- und Hospitalenhans an der Ecke der Sophie-Charlotten- und Molloystraße, mit welchem auch ein Kgl. für Dada-Hose verbunden ist, der Benutzung übergeben werden. Gleichzeitig wird auch der Bau des auf 100 Betten berechneten Krankenhauses am Spandauer Berg in Angriff genommen werden. Weiterhin plant der Magistrat die Einrichtung eines Gencungsbetriebs, das solchen Personen Aufnahme gewähren soll, die nach längerer Krankheit noch einer regelmäßigen Pflege und unbedingter Ruhe bedürfen. Für den Bau dieser Anlage ist ein größeres Gelände in der Nähe des Charlottenburger Rieselguts Carolinenhöhe in Aussicht genommen, das nicht nur für das Gebäude selbst, sondern auch für umfangreiche Garteneinlagen Raum bietet.

Charlottenburg. Eine französische Kommission, ernannt vom Handelsminister Willerd wird demnächst zum Studium der physikalisch-technischen Reichsanstalt hier eintreffen. Die Kommission, die bereits von Paris abgereist ist, besteht u. a. aus Leon Bourgeois, Artilleriemajor Hartmann, Adolphe Caron.

Schöneberg. Seit über siebenhundert Militär-Anwärter haben sich um die von dem hiesigen Magistrat ausgeschriebenen sechzehn Ruffantentellen bereits beworben und dabei sollen täglich neue Bewerbungen einlaufen.

Eine neue Polizeiverordnung, um die Feuergefahr für Gebäude, in denen sich feuergefährliche gewerbliche Betriebe befinden, möglichst zu beschränken, hat soden die hiesige Polizeidirektion erlassen. In derselben wird festgelegt, daß bei Neubauten Keller und Dachgeschöß zum dauernden Aufenthalt von Menschen (Verkaufsräumen, Ateliers, Comptoirs, Küchen, Werkstätten) nicht benutzt werden dürfen. Wohnungen, Arbeitsstätten oder zur Vereinigung von Menschen bestimmte Räume müssen nach einer Treppe einen Ausgange haben, die auch bei völliger Verqualmung der Geschäftsräume und deren Treppen sicher benutzbar bleibt. Petroleum darf in den Verkaufsräumen überhaupt nicht verwendet werden, ebenfalls sind bewegliche Gasarme unzulässig. Hausbesitzer dürfen nur von der Straße herab erleuchtet werden, daß sich zwischen Schaufenster und den Beleuchtungskörpern eine starke Glasscheibe befindet.

Schutz den Vögeln! Da bemühen sich die Tierchutzvereine und sonstige Menschen, die Interesse für die Tierwelt haben, die zwecklose Quälerei der Tiere zu verhindern, insbesondere auch die Jugend von der Fersörung der Vogeleier abzuhalten. Die staatlichen Institute geben hierin jedoch nicht immer gute Beispiele. So konnte man am Dienstagvormittag auf dem Bahnhof Halensee beobachten, wie ein Unterbeamter mit einer Stange unterirdisch sämtliche Vogelnester aus dem Sparrenwerk der ersten Bedachung des Bahnhofs herausunterholte. Auch Nester mit Eiern besanden sich darunter. Aus einem Nest mit einem Ei lag die Mutter erst heraus, als es schon an der Stange in der Luft schwebte. Die gesammelten Nester wurden dann auf dem Schienengeleise verbrannt. Im Königreich Preußen muß eben alles seine Ordnung haben, und mangelmeldete und zahlungsunfähige Einwohner werden unter dem Dach einer königlich preussischen Eisenbahnstation nicht gebildet. Sie werden ernannt und ihre mühsam zusammengebaute Schlafstelle wird verdrängt.

Die diesjährige Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Dachowland findet am 12. August d. J. im Weidischen Lokale zu

Spandan, Bichelsdorferstr. 39, statt. Die Tagesordnung wird noch bekannt gemacht werden.

Der Dampfsschiff-Verkehr auf der Ober-Havel hat in diesem Jahre bereits vielfach zu Klagen des Publikums Anlaß gegeben. Seitdem sich der gesamte Dampfverkehr in den Händen einer Gesellschaft befindet, sind die Fahrpreise (ongedlic wegen der höheren Kohlenpreise und Arbeitslöhne) sehr erheblich in die Höhe geschwollen. Die Schiffsführer scheinen sich aber auch an eine regelmäßige Abfahrtszeit gar nicht zu halten. Der Dampfer „Sophie“, der am vorigen Sonntag fahrplanmäßig um 4 Uhr nachmittags seine Fahrt von Spandan nach Tegel antreten sollte, fuhr beispielsweise etwa eine halbe Stunde später ab. Besondere Erregung rief am Sonntag auch das Fahrpersonal des „Eugen“ dadurch hervor, daß dieses Schiff in Saathwinkel anlegte, aber nachdem es zwei Gondarnen an Bord genommen, sofort nach Spandan weiterfuhr, ohne daß dem zahlreichen, an der Anlagestelle wartenden Publikum vom Fahrpersonal die Fahrtrichtung angegeben worden wäre. Dadurch blieben die bereits mit Billets nach Spandan vertriehenen Fahrgäste unfreiwillig in Saathwinkel zurück und ließen sich später mit einem Fährboot nach Valentinswerder überlegen. Weitere Inzuträglichkeiten lassen es dringend wünschen, daß die Gesellschaft etwas mehr Rücksicht auf das Publikum nehmen möge.

Gerihts-Beifung.

Schwere Anschuldigungen gegen Polizeibeamten sind den Steinbrüchern Bernhard Spannowski und Karl Schlicht, welche gestern vor dem ersten Ferienkammer am Landgericht II standen, recht teuer zu stehen gekommen. Am Abend des 24. April d. J. sah der Schutzmann Lauf in der Hauptstraße zu Schöneberg sieben Steinwagen so auf der Straße stehen, daß sie die Geleise der Straßenbahn versperrten. Die Kutscher hatten sich nach einer nicht dabei belegenen Bestille begeben und zechten dort. Der Schutzmann ging ihnen nach und forderte sie auf, die Straße frei zu machen und ihre Fuhrwerke der Fahrordnung gemäß aufzustellen. Höhnisch erwiderten die Kutscher: „Sie haben uns gar nichts zu sagen! Wir machen uns unsre Gesetze selber!“ Der Schutzmann sah, daß er allein mit den übermächtigen Leuten nicht fertig werden konnte, er holte sich einen Kameraden herbei. Inzwischen waren die Kutscher aus dem Lokal gekommen, sie sprangen auf ihre Wagen und wollten davonjagen. Der Schutzmann Lauf fiel aber den Pferden des ersten Wagens in die Hängel, erhielt dafür aber von dem Kutscher Spannowski einen wuchtigen Hieb mit der Schneide eines Spaten über den Kopf. Der Helm des Beamten wurde zwar eingeschmetzt, doch der Kopf blieb unverletzt. Jetzt fuhr aber der zweite Wagen, den der Angestellte Schlicht führte, so dicht an den ersten Wagen heran, daß der Schutzmann zerquetscht worden sein würde, wäre es ihm nicht gelungen, auf den zweiten Wagen zu springen. Kutscher Schlicht gab ihm aber einen Hieb mit einem Spatenstiel über den Kopf und warf nach wildem Mithen den Schutzmann auf einen Steinhaufen. Dem zweiten Schutzmann gelang es, die Personalien der beiden Excedenten festzustellen. Dieselben wurden nun wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge und einer das Leben gefährdenden Behandlung und wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Ordnung zu je drei Jahren Gefängnis und 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Einige vom Ausnahmegesetz gegen das Gefinde und die ländlichen Arbeiter. Nach § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854 hat Gefinde, das ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verläßt oder verläßt, auf Antrag der Herrschaft, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung oder Weichaltung, Geldstrafe bis zu 5 Thalern oder Gefängnis bis zu drei Tagen verurteilt. Gegen diese Bestimmung sollte sich der Schäfer Segepinski dadurch verhalten haben, daß er eines Tages den Dienst auf mehrere Stunden verlassen hatte, um sich eine neue Stellung zu suchen. Eine Erlaubnis dazu hatte er nicht erhalten. Am Abend desselben Tags war er wieder zu seinem Arbeitgeber zurückgekehrt. Sz. beantragte richterliche Entscheidung und machte folgendes geltend: Er sei geblüdigt gewesen und habe auch bereits den sogenannten „Loshchein“, die Verschämigung, durch seiner Weitervermittlung nichts im Wege stehende, erhalten gehabt. Deshalb habe er geglaubt, er könne sich nach einer neuen Stellung umsehen. Die nötige Zeit dazu müsse dem Gefinde gewährt werden. Sein Dienstherr habe ihm nun allerdings freigestellt, am Sonntag auszugehen. Das hätte ihm in diesem nicht nutzen können, denn Sonntags seien die Vermittlungsbureaus geschlossen. Uebrigens sei er ja nach ein paar Stunden wiedergekommen und mit der Absicht, es zu thun, fortgegangen. Das Schöffengericht hielt aber die Strafe aufrecht und das Landgericht verwarf seine hiergegen eingelegte Berufung und führte aus, daß Sz. sich ohne eine ausdrückliche Genehmigung auf keinen Fall vom Dienste hätte entfernen dürfen. Das vorübergehende Verlassen des Dienstes sei nach Entscheidungen des Kammergerichts ebenfalls strafbar, und handle es sich auch nur um wenige Stunden. Der Angeschuldigte legte nunmehr noch Revision ein und betonte vor anderem, daß er unter den obwaltenden Umständen berechtigt gewesen sei, während der Dienstzeit einen andern Dienst zu suchen. — Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht beantragte, die Sache noch einmal an das Landgericht zurück zu verweisen. Er ging von folgenden Erwägungen aus: Gehörte Angeschuldigte zum Gefinde, dann hätte er auch auf Stunden nicht ohne Erlaubnis weggehen dürfen, da dem § 74 der Gefinde-Ordnung mit Anwendung stünde, wonach es Diensthöten verboten sei, sich ohne Genehmigung der Herrschaft zu entfernen. Es sei nun zweifelhaft, ob Sz. als Schäfer überhaupt zum Gefinde gehöre und ob er nicht vielmehr zu den im § 2c des Gesetzes von 1854 aufgeführten ländlichen Arbeitern zu zählen wäre, auf die zwar dieses Gesetz, nicht aber die Gefindeordnung anzuwenden sei. Der § 2c handle von den „zur Aufsicht über die Wirtschaftsarbeiten bestellten Personen und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den Gutsgebäuden und gegen einen im Voraus bestimmten Lohn bebüß der Bewirtschaftung angenommen sind.“ Sei Sz. eine solche Person, dann wäre die Rechtslage eine andre; Sz. wäre dann nicht wegen des lediglich vorübergehenden Fortbleibens vom Dienste zu bestrafen. — Der Strafrat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf, verwarf die Sache an das Landgericht zurück. Es stimmte den Ausführungen des Staatsanwalts zu und führte außerdem noch aus: Selbst wenn Sz. zum Gefinde gehörte, wäre er noch nicht ohne weiteres zu bestrafen. Das Landgericht habe festgestellt, daß Sz. fortgegangen sei, um sich auf Grund des Loshchein eines andern Dienstes zu suchen und daß er sich dazu für berechtigt gehalten habe. Hierbei sei zweierlei möglich. Entweder Sz. habe die Berechtigung daraus hergeleitet, daß er den Loshchein erhielt, oder er habe geglaubt, das Strafgesetz von 1854 finde bei vorübergehendem Fortbleiben nicht Anwendung. Im ersten Fall läge ein zivilrechtlicher Irrtum vor, der von der Strafbarkeit entbinde; im zweiten Fall dagegen ein strafrechtlicher Irrtum, der nicht vor der Strafe schütze. Das Landgericht werde auch dies berücksichtigen müssen.

In Stoly i. B. fanden dieser Tage wiederum 20 Angeklagte vor der Strafkammer, um sich wegen der Beteiligung an den antisemitischen Straßkämpfen zu verantworten. Von den Angeklagten wurden zwölf zu vier Wochen bis neun Monaten Gefängnis verurteilt, acht wurden freigesprochen.

Wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an einer Gefangenen, hatte sich am Dienstag der aus der Haft vorgeschickte Inspektor des Bochumer Amtsgerichtes gefangen. Stoch, vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Etwa 30 Jungen, darunter Kutscher und Gefangene, waren teils als Entlastungs-, teils als Belastungs-

zeugen geladen. Bei Beginn der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit und was hier nur selten vorkommt, auf Anregung aus dem Richterkollegium auch die Presse ausgeschlossen. Nach dreiwöchentlichem Verhandlung verurteilte der Vorsitzende das Urteil. Stoch wurde für schuldig befunden und zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Strafmildernd sei gewesen die gute Führung des Angeklagten, strafschwerend der Umstand, daß er sich an einer Gefangenen vergreifen, die seiner Obhut anvertraut war. — Der Staatsanwalt soll dem Vernehmen nach 6 Monat beantragt haben. —

Wenn das Gericht die gute Führung des Angeklagten als strafmildernd bewertet hat, so soll nicht vergessen werden, daß sich derselbe seinen Untergebenen in der kurzen Zeit seiner hiesigen Amtstätigkeit (1/2 Jahr) alles andre als Liebe erworben hat. Seine „Korrektheit“ den Wärtern wie den Gefangenen gegenüber wurde — milde ausgedrückt — zur Härte.

Verfassungen.

Verein der Zimmerer. Am 15. Juli tagte bei Cohn, Venthstraße, die zweite Generalversammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend. Zunächst erstattete der Kassierer Rehner die Abrechnung vom zweiten Quartal, die mit einem Vermögensbestand von 14 785,24 M. abschloß. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Revisoren bemängelt die schlechte Beteiligung an der letzten Urwahl-Vorstellung und erucht in Zukunft um regere Beteiligung. Zur Abrechnung selbst teilt der Vorsitzende mit, daß sich das vom 1. April ab eingeführte Einheitssteuersystem sehr gut bewährt habe und zur Zufriedenheit der Mitglieder funktioniere.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem Arbeitsnachweis des Verbands der Baugeschäfte. Der Referent Th. Fischer beleuchtete eingehend die Absichten der Scharfmacher im Baugewerbe und die in letzterer Zeit eingeschlagene Taktik, durch Einführung der Streiklausel und unparitätischer Arbeitsnachweise die gewerkschaftlichen Organisationen der Bauarbeiter illusorisch zu machen. Besonders der sehr durchdachte Plan der Berliner Unternehmer, durch eine unzulässig aussehende Geschäftsordnung den Arbeitsnachweis der Bauarbeiter Berlins schmachhaft zu machen, müsse energig zurückgewiesen werden. Die Versammlung nahm alsdann folgende, von den Platzdeputierten durchberatene Resolution einstimmig an:

Die am 15. Juli tagende zweite Generalversammlung der durch Vertrauensmänner centralisirten Zimmerer erklärt nach reiflicher Ueberlegung die Vorschläge des Verbands der Baugeschäfte zur Einführung eines Arbeitsnachweises für unannehmbar und ist deshalb mit der Haltung ihrer Vertreter einverstanden. Die Versammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur ein Arbeitsnachweis, an dem beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, gleichmäßig beteiligt sind, für das Baugewerbe maßgebend sein darf; und daß ein Arbeitsnachweis, in dem die Arbeitgeber „Herr im Hause“ sein wollen, schädigend auf die Verhältnisse im Beruf wirken muß, somit für organisierte Arbeiter entwürdigend ist.

Die Versammlung macht es daher den organisierten Zimmerern von Berlin und der Umgegend zur Pflicht, den Arbeitsnachweis des Verbands der Baugeschäfte nicht zu benutzen. Sollten einzelne Mitglieder von den Unternehmern oder dessen Vertretern veranlaßt werden, den Arbeitsnachweis doch in Anspruch zu nehmen, wenn auch nur indirekt, so sind derartige Fälle sofort dem Bureau, Dragonerstr. 15, zu melden.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde als erster Schriftführer Hans Plamann, Antonstr. 35, und als Controleur Joseph Meyer gewählt. Der Zahlstraße Teftow wurden für die Kameraden in Gütergoh, denen ihr Werkzeug verbrannt ist, 200 M. überwiesen, worauf der Vorsitzende mit der Mahnung, das am 21. Juli stattfindende Stiftungsfest zahlreich zu besuchen, die Versammlung schloß.

Die Thaten des Amtsvorstehers v. Opyen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter seines Bezirks erfahren eine ebenso scharfe wie verdiente Beurteilung durch eine zahlreich besuchte Volksversammlung, die am Montag im Schmauserischen Lokal stattfand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vertrauensmann Hildebrand bekannt, daß die Polizei seit einiger Zeit alle Arbeiterversammlungen beim Eintritt der Polizeistunde unter Verurkung auf den § 5 des Vereinsgesetzes aufgelöst hat, ohne daß irgend einer der in diesem Paragraphen genannten Auflösungsgründe vorhanden gewesen wäre. Auf die deswegen eingelegte Reichswehr ist bis jetzt noch kein Bescheid erfolgt.

Der Vortragende, Genosse Jubel, kennzeichnete unter lebhaftem Beifall der Zuhörer die politischen Praxen, unter denen die Arbeiterschaft von Adlershof seit Jahren zu leiden hat. Man sollte es kaum für möglich halten — sagte der Redner — daß wir heute noch in Preußen, noch dazu in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt einen fortgesetzten Kampf führen müssen um die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts. Die preussische Verfassung gewährleistet jedem Staatsbürger das gleiche Recht, und seit dem Fall des Sozialistengesetzes giebt es keine gesetzliche Handhabe mehr, welche den Behörden gestattet, die Sozialdemokraten mit andern Wege zu messen wie die Angehörigen anderer Parteien. Gleichwohl giebt es in Preußen immer noch Beamte, welche die Vorschriften der Verfassung nicht beachten, und die, obwohl sie zu Hütern der Gesetze berufen sind, die Sozialdemokraten, wo immer sich nur Gelegenheit dazu bietet, gegen Recht und Gesetz behandeln. Das ist die Politik, wie sie Putschkammer und Köller gleich dem jetzigen Minister v. Rheinbaben im großen getrieben haben, und wie sie der Gewaltshaber in Adlershof — allerdings nur ein untergeordnetes Organ in der Verwaltung — in dem ihm unterstellten Bezirk im kleinen ausübt. Herr v. Opyen ist gar nicht darüber im Zweifel, daß er bei seinem Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter den Boden der Gesetzmäßigkeit schon öfter verlassen hat. Sagte er doch selber, er wisse sehr wohl, daß er ungesetzlich handle. Das ist ihm auch schon zu wiederholten Malen in öffentlichen Versammlungen gesagt worden, ohne daß Herr v. Opyen diejenigen, welche ihm Ungefälligkeit vorwarfen, vor Gericht zur Verantwortung gezogen hätte. Der Redner führte verschiedene Einzelfälle aus der bekannten v. Opyenschen Polizeipraxis an. Wenn auch die Borte, die den Arbeitern ihre Lokale hergeben, auf alle mögliche Weise gisantiert werden, so richtet sich doch der Polizeikampf nicht gegen die Borte, sondern gegen die Rechte der Arbeiter. Dabei ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, daß er nur bei solchen Wirten verkehrt, die der Arbeiterschaft ihre Lokale zu Versammlungen überlassen, daß er aber solche Wirte nicht besucht, welche sich dem Druck des Amtsvorstehers fügen, ihre Versammlungsalen den Arbeitern verschließen und dadurch den Kampf gegen die Arbeiter begünstigen. Ein sehr erheblicher, ja vielleicht der wichtigste Umstand bei dem Verhalten des Herrn v. Opyen ist der, daß sein gewaltthames, ungesetzliches Vorgehen gegen die Arbeiterschaft die unteren Beamten, welche die Anordnungen des Amtsvorstehers auszuführen haben, geradezu zu Ungefälligkeiten anbahnt. Wie kann es denn anders sein, als daß so ein Gendarm oder Gemeinbediener, der doch selber keine besondere Gesetzeskenntnis besitzt, durch das ungesetzliche Handeln seines Vorgesetzten zu der Annahme verleitet wird, er, der Beamte, sei befugt, sozialdemokratische Arbeiter viel rücksichtsloser zu behandeln, wie andre Leute. So erklärt es sich denn, wenn untergeordnete Polizeibeamte in gutem Glauben sich den Arbeitern gegenüber mehr Rechte herausnehmen, als sie thatsächlich haben. Wenn die Arbeiter trotz aller gegen sie verübten Gewaltthaten ruhig und gesetzmäßig handeln, wenn sie in begrifflicher Aufregung darüber, daß bei einem Verurteilten Gendarmen in den Saal dringen und die Festsetzungen mit bewaffneter Hand hinanschieben, der Gewalt nicht Gewalt entgegensetzen, wenn die Arbeiter der Ungefälligkeit des Amtsvorstehers sich gegenüber streng gesetzlich verhalten, so ist das nur dem ergebenden Einfluß der Sozialdemokratie zu danken. Die Herr v. Opyen ausrottend möchte, was ihm aber weder auf gesetzlichem noch auf ungesetzlichem Wege gelingen wird, ebenso wenig, wie es größeren Leuten als Herrn Opyen möglich war, die Sozialdemokratie, gegen die sie den Vernichtungskampf im großen führten, zu besiegen.

Nach dem Referenten sprachen noch eine große Zahl von Parteigenossen aus dem Ort. Alle Reden bezogen sich auf die bekannten Vorgänge in Adlershof und äßten eine tiefe und tiefende Kritik an dem Verhalten des Amtsvorstehers. Unter andrem wurde folgender bezeichnender Fall mitgeteilt. Als bei dem jüngst durch polizeiliches Eingreifen gestörten Fest eines Konsumvereins die Beamten in den Saal traten und die Anwesenden auf forderten, sich zu entfernen, erhob sich einer der Festgenossen und richtete an die übrigen das Ersuchen, sie sollten den Beamten nicht Folge leisten, da dieselben kein Recht zum Einschreiten hätten, sich also nicht in der Ausübung gesetzlicher Amtshandlungen befänden. Gegen den Betreffenden ist eine Strafanzeige erlassen worden. Die Staatsanwaltschaft hat aber in der Anforderung des Festteilnehmers nichts Strafbares gefunden, und das Verfahren eingestellt. Daraus folgte der Redner, daß auch die Staatsanwaltschaft der Aufsicht sei, die Beamten hätten in dem genannten Fall ungesetzlich gehandelt, denn sonst wäre der Betreffende zweifellos vor den Richter gefordert und auch verurteilt worden.

Kurz vor 11 Uhr erhielt Jubel das Schlußwort. Während seiner Rede — es war wenige Minuten nach 11 Uhr — erhob sich der überwachende Gendarm und erklärte die Versammlung auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes für aufgelöst. Ein dreimaliges brausendes Hoch auf die Sozialdemokratie ertönte als Antwort, dann verließen die Anwesenden ruhig den Saal.

Ehe diese neueste Polizeithat im Reich des Herrn v. Opyen erfolgte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt, nach dem Referat des Reichstagsabgeordneten Jubel, die Maßnahmen des Amtsvorstehers vom Amtsbereich Alt-Glienide als nicht mit der preussischen Verfassung in Einklang stehend. Das Vereins- und Versammlungsrecht, welches auf Grund der Verfassung allen Staatsbürgern gleichmäßig zusteht, wird durch die Maßnahmen des bezeichneten Amtsvorstehers für den größten Teil der Adlershofer Einwohnerchaft und Steuerzahler illusorisch gemacht, und das Grundprinzip des preussischen Staats: Jeder Preuze ist vor dem Gesetz gleich, dadurch vernichtet. — Die Versammlung beauftragt deshalb den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Adlershof, den vorgelegten Behörden des Amtsvorstehers v. Opyen vom Amtsbereich Alt-Glienide von den betreffenden Amtshandlungen in geeigneter Weise Kenntnis zu geben und sie zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß auch in Adlershof und Umgegend das Grundprinzip zur Geltung gelangt: Jeder Preuze ist vor dem Gesetz gleich.

Weiterhin sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß noch viele Arbeiter vorhanden sind, die immer noch in gesperrten Lokalen, deren Säle der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, verkehren. Die Versammelten hoffen, daß die Gewerkschaften dafür sorgen, daß diese Lokale gemieden werden.

Vermischtes.

Das Viertel „Schtes“ und der Herr Generalsuper.

In einem Dorf Ostpreuens will der neu ernannte General-Superintendent Kirchen- und Schulvisitation abhalten. Der Herr Pfarrer läßt den Vorgesetzten durch einen biederen Landmann von der eine halbe Stunde entfernten Bahnhstation mit dem Pastorwagen abholen. Da nun der Herr General-Superintendent infolge der mangelhaften Bahnverbindung gezwungen ist, bis zum Abend als Gast in dem Dorf zu verweilen, hat der Herr Pfarrer seine Amtsbrüder aus der Umgegend eingeladen, an dem Jubel, den er seinem hohen Gaste vorsetzen muß, teilzunehmen. Alles ist aufs Beste vorbereitet und ein Viertelchen Schtes ist zum Absal der Gaste aus Königsberg bestellt, von wo aus es mit dem Herrn General-Superintendenten in demselben Zug eintreffen muß. Nachdem der Herr General-Superintendent im Wagen Platz genommen hat, entschuldigt sich der biedere Bauer für einen Augenblick, da er für seinen Herrn Pfarrer etwas aus der Gepäckerstation abholen müsse. Mit dem Viertelchen „Schtes“ kommt er zum Wagen zurück, verstant es auf dem Kutschersitz und die Fahrt kann nun losgehen. Untertwegs befragt der Herr General-Superintendent, ein freundlicher, leutseliger Herr, mit dem Landmann eine Unterhaltung und, auf das Viertelchen weisend, fragt er ihn: „Sagen Sie mal, mein lieber Mann, ist denn Ihr Herr Pfarrer ein so großer Freund von derartigen Getränken, daß er sich gleich ein so großes Gebinde aus Königsberg kommen läßt?“ „Unser braver Bauer, dem man erwidert hierauf freubergig: „Nein! Unser Herr Pfarrer, er trinkt je gar nicht mal so veel Bier, oder da soll je heute so e Generalsuper aus Königsberg kommen, für den wird das wohl e!“

Best. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Im Centrum der Stadt Beirut sind fünf pestverdächtige Fälle vorgekommen; für die Perfunkte aus Beirut ist infolgedessen eine 10tägige Quarantäne angeordnet worden.

Marktpreise von Berlin am 17. Juli 1900

		nach Ermittlungen des lat. Polizeipräsidenten.			
Weizen, gut	D. Gr.	Antofeln, neue, D. Gr.		12 —	6 —
— mittel	—	Rindfleisch, Reite 1 kg		1,60	1,10
— gering	—	do. Band		1,30	1 —
Hoggen, gut	15 —	Schweinefleisch		1,60	1,10
— mittel	—	Rindfleisch		1,60	1 —
— gering	—	Hamelfleisch		1,60	1,10
*) Weizen, gut	15,20 14,80	Butter		2,60	1,80
— mittel	14,70 14,30	Eier 60 Stück		3,60	2,30
— gering	14,20 13,90	Kartoffeln 1 kg		—	—
*) Hafer, gut	16,50 15,50	Kohl		2,80	1,40
— mittel	15,40 14,40	Jambur		2,60	1,20
— gering	14,30 13,30	Redite		2,40	1,20
Richtstroh	6,33 5,66	Borscht		1,80	0,80
Gras	7,00 5,40	Schleie		2,40	1,20
Speiseelohnen	45 — 25 —	Biete		1,40	0,80
Linsen	70 — 30 —	Krebie	per Schof	20 —	2,50

*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 18. Juli. Auch heute war die Stimmung auf dem Getreidemarkt flau infolge der matten Auslandsmeldungen und der Rücksicht auf weitein Fortbestand des schönen Wetters, worauf der weitere Barometerstand schließen läßt. Am Frühmarkt war namentlich Roggen gedrückt auf bedeutendes Angebot russischer Exporteure. Die nord-türkischen Okeren sind billiger geworden. Mittags trat das russische Angebot etwas weniger dringlich hervor, doch blieb der Artikel bei der allgemeinen Unternehmungslust und den gänzligen Entlohnungen unwerth, und auch Weizen trat unter den gegebenen Verhältnissen in eine Abwärtsbewegung ein. Die Viehpreisliste beider Artikel lagen bei sehr stillen Gehalts etwa eine Mark unter geringem Anlauf. Futterartikel waren bei mitmalem Gehalt im Preise nominal unverändert. Rindfleisch, Spiritus loco unverändert.

Zahlreicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 18. Juli 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 452 Rinder, 2505 Kühe, 1656 Saue, 8835 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (Beziehungswerte für 1 Pfund in M.): für Rinder: a) vollschöne, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht gemästete und ältere ausgewählte 00—00, c) mäßig gemästete junge und gut gemästete ältere 00—00, d) gering gemästete jeden Alters 00—00 — Bullen: a) vollschöne höchsten Schlachtwertes 00—00, b) mäßig gemästete jüngere und gut gemästete ältere 00—00, c) gering gemästete 00—00 — Färsen und Kühe: a) vollschöne, ausgewählte Färsen höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00, b) vollschöne, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00, c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entworfene jüngere Kühe und Färsen 00—00, d) mäßig gemästete Kühe und Färsen 45—47, e) gering gemästete Kühe und Färsen 42—44 — Schafe: a) feine Mastlämmer (Polmilchschaf) und beste Sauglämmer 63—68, b) mittlere Mastlämmer und gute Sauglämmer 58—61, c) geringe Sauglämmer 48—51, d) ältere, gering gemästete (Preter) 00—00 — Enten: a) Masthühner und jüngere Masthühner 64—67, b) ältere Masthühner 58—62, c) mäßig gemästete Hammel und Enten (Masthühner) 53—57, d) goldener Niederungsente (Lebensgewicht) 00—00 — Schweine: a) vollschöne der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 30—51, b) Kühe 00—00, c) fleischige 48—49, d) gering entworfene 45—47, e) Sauen 44—46.

Verlauf und Tendenz. Dem Abwärtstrend blieben fast 300 Stück unwerth. Der Rindfleischmarkt gestaltete sich gedrückt und stillstehend, es wird kaum abverkauft. Bei den Schafen fanden etwa 900 Stück Abzug. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.